

HEFT 4 2013

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE-MAGAZIN



Überblick »



1 **Ukraine** Das Land wird von riesigen Beständen der im Kalten Krieg hergestellten tödlichen Mischung von Chemikalien zum Abfeuern von Raketen befreit. S.4

2 **Afghanistan** Bürger sprechen darüber, was sie für ihr Land erhoffen oder befürchten, und sagen, was die OSZE tun könnte. S.16

3 **Kroatien** NGOs beobachten Kriegsverbrecherprozesse und Verfahren wegen sexueller Gewalt. S.32

4 **Prag** Ein Blick in das Büro, das über das institutionelle Gedächtnis der OSZE wacht. S.44

Kriegsverbrechertribunale

Kriegsverbrechertribunale in Südosteuropa haben die schwere Aufgabe, zahllosen Opfern in höchst politisierten Gesellschaften Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Können sie der Straftlosigkeit ein Ende setzen? Zu einer Versöhnung beitragen? — 28

Meilensteine

Mélange verlässt die Ukraine Das größte je von Gebern finanzierte Projekt der OSZE steht vor seiner Vervollständigung. — 4



Offenes Forum Energie, Sicherheit und Umwelt. — 6

Stimmen

Botschafter Silapberdy Nurberdyjew, Turkmenistan. — 8

#OSZE — 9

Interview

Janez Lenarcic zum Thema demokratische Wahlen. — 10



Im Brennpunkt

Afghanistan – Wie geht es weiter? — 12

Erwartungen. — 16

Best practice

Der Teufel im Detail Ein Leitfaden für den Schutz kritischer Energieinfrastruktur. — 19

Sicherheitsgemeinschaft Security Day zum Thema Konfliktlösung. — 23

Konfliktverhütung im Wandel der Zeit

Vier aufeinanderfolgende Direktoren des Konfliktverhütungszentrums. — 25

Sonderthema

Kriegsverbrechertribunale Können Kriegsverbrechertribunale zur Versöhnung beitragen Mehr als ausgleichende Gerechtigkeit — 29

Die Vorteile einer sachlichen rechtlichen Analyse Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen in Kroatien. — 33



Übergang zu einem kontradiktorischen System. — 36

Waffenkontrolle Vom Nutzen der Rückverfolgung. — 37

Eine fragwürdige „Liberator“. — 40

Hände hoch! in 3D. — 40

Menschenhandel Wenn Nieren zur Ware werden. — 42

Projektkoordinator in der Ukraine Ein Sicherheitsnetz für Opfer des Menschenhandels in der Ukraine. — 45

Die OSZE von innen Prager Büro. — 47

Auslese OSZE Netzwerk von Think Tanks; Sommerakademie in Stadtschlaining. — 49



Deckblatt:

Unentdeckte Geheimnisse © Iwan Martschuk

Iwan Stepanowytsh Martschuk ist ein ukrainischer Maler. Seine Bilder zeigen den tiefsten Schock unserer Tage.

Mélange

verlässt die Ukraine

Seit Jahren bewegen sich die langen grau-weißen Züge mit Spezialtankwagen aus der Ukraine ostwärts in Richtung Russische Föderation. Bei genauem Hinsehen erkennt man auf den Behältern in fetten Lettern die Aufschrift „Gefahr“ und „Mélange“.





Als Mélange wurde in den Staaten des Warschauer Paktes ein hochgiftiges, brennbares chemisches Gemisch bezeichnet, das in der Zeit des Kalten Krieges als Raketentreibstoff verwendet wurde. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fand sich die Ukraine im Besitz von rund 16 200 Tonnen des üblen Stoffes. Doch schon bald wird sie ihn – dank des größten außerbudgetären OSZE-Projekts aller Zeiten – endgültig los sein.

Mélange, deren korrekter Name inhierte rot rauchende Salpetersäure lautet, wurde von Wissenschaftlern entwickelt, um Raketen abfeuern zu können, ohne eine Flamme entzünden zu müssen. Wenn sie mit einem Raketentreibstoff wie Samin gemischt wird, kommt es zu einer spontanen Zündung. Tatsächlich ist es so, dass sie bei Kontakt mit organischem Material – menschlicher Haut, einem Ledertiefel oder einer Pflanze – zu brennen beginnt. Und das macht den Umgang mit ihr so gefährlich.

Auch die Lagerung dieser schnell verdampfenden Flüssigkeit bereitet große Probleme. Mit der Zeit verlieren die korrosionshemmenden Bestandteile ihre Wirkung. Anfang der 2000er-Jahre begann sich die in der Ukraine gelagerte Mélange in ihre Behälter zu fressen. Entweichende Dämpfe hätten kilometerweit im Umkreis tödliche Wirkung gehabt.

2004 wandte sich die Ukraine an die OSZE um Hilfe. Da die OSZE zugesagt hat, ihren Teilnehmerstaaten bei der Vernichtung von gefährlichem militärischem Material zu helfen, startete sie ein Projekt, das die Beseitigung aller ukrainischen Mélange-

Bestände zum Ziel hatte.

Seit Beginn der Arbeiten im Jahr 2009 wurden rund 14 000 Tonnen aus sechs Depots des Verteidigungsministeriums in der West-, Zentral-, Ost- und Südukraine in zwei Chemiewerke in der Russischen Föderation

gebracht, wo sie gefahrlos wiederaufbereitet werden, um als Treibstoffbeimengung oder Industriesprengstoff Verwendung zu finden.

Die militärischen Lagerstätten in der Ukraine stehen vor der Schließung und sollen nach Beseitigung der Umweltschäden zivilen Zwecken zugeführt werden.

Dänemark, Deutschland, Finnland, Norwegen, Polen, Spanien, Schweden, die Tschechische Republik, Ungarn und die Vereinigten Staaten haben das Projekt mitfinanziert. Die Ukraine stellte entsprechend ausgebildetes militärisches Personal für die Verladeeinrichtung, das Spezialgerät zum Abpumpen und die Eisenbahnbehälter zur Verfügung. Sie kam auch für die Kosten des Transports bis zur russischen Grenze auf.

Bei einer vom ukrainischen OSZE-Vorsitz organisierten Veranstaltung am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz im Juni dankte Oleksandr Aleksandrowytsch, Direktor für internationale Sicherheit und Abrüstung im ukrainischen Außenministerium, den Gebern und dem mit der Entsorgung betrauten russischen Konsortium.

„Dieses Projekt ist nicht nur für die Regierung und die Bevölkerung der Ukraine wichtig, sondern auch für die OSZE-Gemeinschaft als Ganzes. Ich hoffe, dass die Erfahrungen, die die Experten des ukrainischen Verteidigungsministeriums gemacht haben, der OSZE bei ähnlichen Projekten in Belarus, Bulgarien und Kirgisistan weiterhin zugutekommen werden“, sagte Aleksandrowytsch.

Die Informationen zu diesem Artikel lieferte der ukrainische Vorsitz.



Das Projekt der OSZE und der Ukraine „Unterstützung der ukrainischen Regierung bei der Beseitigung der Mélange-Bestände“ war die Antwort auf ein Hilfersuchen der Ukraine an die OSZE aus dem Jahr 2004.

Das „Staatliche Programm für die Entsorgung von flüssigem Raketentreibstoff für die Jahre 2010 bis 2014“, das vom ukrainischen Ministerkabinett 2010 beschlossen wurde, enthält Bestimmungen für die Unfallverhütung im Zusammenhang mit der Lagerung, dem Transport und der Entsorgung von Mélange.

Die letzte Zuggarnitur mit Mélange an Bord soll Anfang 2014 die Südukraine verlassen.



Energie, Sicherheit und Umwelt

2013 war ein Jahr, in dem die OSZE dem Thema Energie breiten Raum gab. Dazu einige Stimmen von Teilnehmern an Konferenzen in Prag und Aschgabat.

Offenes



„Energie ist seit jeher ein Kernthema im täglichen Leben fast aller Menschen, hat aber in der Politik nur gelegentlich denselben Stellenwert. Jahrzehntlang war alles vorhersagbar, jetzt haben sich die Dinge aber grundlegend geändert. Die Schiefergasrevolution machte in den Vereinigten Staaten das Gas spottbillig im Vergleich zum Rest der Welt. Die Einspeisetarife der EU für erneuerbare Energie wurden untragbar und der Markt, der starken Einflüssen ausgesetzt ist, wird Gegenstand einer immer weiter gehenden Regulierung. Die Schließung von Kernkraftwerken in Japan hatte weltweite Änderungen in den Gasflüssen zur Folge. Neue Chancen und Bedrohungen verursachen mit dramatischer Geschwindigkeit Krisen, massive Verschiebungen in Investitionen, ja sogar Kriege. Es ist zu hoffen, dass sie auch einschneidende technische Veränderungen bewirken, das wäre die passendste Antwort auf all die neuen Herausforderungen.“

Janez Kopač
Direktor, Energy Community Secretariat, Wien

„Nachhaltiges Bauen kann den Energieverbrauch senken und die Lebensqualität heben. Eine Vereinheitlichung der Regeln für nachhaltiges Bauen könnte die Umsetzung in diesem Bereich verbessern. CESBA (Common European Sustainable Building Assessment) ist ein Instrument mit einer Reihe von Schlüsselindikatoren und Bezugskriterien, anhand deren unterschiedliche Baunormen verglichen werden können.“

Peter Steurer
Regionalentwicklung Vorarlberg, Österreich

„Ich würde empfehlen, dass die OSZE Daten über alle lebenszyklischen Phasen der Energiegewinnung sammelt und die Umweltkosten der Energiegewinnung bewertet – Kosten, die nicht den Verbrauchern angelastet werden, staatliche Subventionen oder zum Beispiel die Umweltkosten aus der Erzeugung von Sonnenkollektoren.“

Marska de Wild-Scholten
Leitende Wissenschaftlerin,
SmartGreenScans, Niederlande

Forum

„Beim Thema Energiesicherheit gibt es keine Unabhängigkeit, und wenn man Zentralasien energiesicher machen will, müssen alle Länder der Region an einem Strang ziehen. Eine wirksame Steuerung der zwischenstaatlichen Beziehungen ist der Schlüssel zu Sicherheit und Frieden in der Region.“

Benjamin Mohr
Direktor, Regionales Umweltzentrum für
Zentralasien (CAREC)
Almaty (Kasachstan)

OSZE-Veranstaltungen

21. Wirtschafts- und Umweltforum
„Vergrößerung von Stabilität und Sicherheit
– Verkleinerung des ökologischen
Fußabdrucks der energiebezogenen
Aktivitäten in der OSZE-Region“, Prag, 11. bis
13. September 2013

Hochrangige internationale Konferenz
„Energiesicherheit und Nachhaltigkeit – Die
OSZE-Perspektive“, gemeinsame
Veranstaltung des ukrainischen OSZE-
Vorsitzes und der turkmenischen Regierung,
Aschgabat, 17. und 18. Oktober 2013

Regionaler Workshop über bewährte
Verfahren zur Förderung erneuerbarer
Energie, Taschkent, 3. und 4. Oktober 2013

Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative
(ENVSEC) beginnt am 6. November 2013 in
Brüssel ihren 10. Jahrestag mit einer Debatte
zum Thema „Risikoverknüpfung –
Herausforderungen an Umwelt und
Sicherheit im 21. Jahrhundert“.

„Es ist November und jetzt liegen auch die Prognosen der OPEC und der IEA zum Thema Energie und Öl vor.

Ihr Grundtenor lautet: das Zeitalter der fossilen Brennstoffe ist noch lange nicht vorüber. Neue Felder, höhere Rückgewinnungsquoten und die sogenannte ‚Schiefergasrevolution‘ in Nordamerika sorgen offenbar für Sicherheit auf der Angebotsseite. Die Vereinigten Staaten wollen wieder fossilen Brennstoff exportieren wie schon vor 1945.

Manche stimmen in den Lobgesang auf den Schieferboom und seine geopolitischen Auswirkungen – etwa die Loslösung aus der Abhängigkeit vom Nahen Osten – ein, andere wiederum sind vorsichtiger und machen sich Gedanken über die vielen damit verbundenen Fragen, angefangen von den Umweltgefahren und den wirtschaftlichen Kosten bis hin zu geologischen Unwägbarkeiten, nämlich der Gefahr einer raschen Erschöpfung. Royal Dutch Shell hat beschlossen, alle seine nicht konventionellen Projekte in den Vereinigten Staaten und Kanada zu stoppen, und betrachtet das Gerede um das Schiefergas als ‚Hype‘.

Nach dem alten Gesetz ‚Follow the Money‘ wenden sich Politik und Investitionen wieder ab vom angekündigten neuen Zeitalter einer nachhaltigeren Gestaltung des Energiemix. Der Schiefer zieht schlecht informierte Entscheidungsträger und Hedger an. Boom oder Flop – was erwartet uns 2014? Höhe Ölpreise werden das Lager der Schieferbefürworter stärken und niedrigere Preise werden den Betreibern konventioneller Bohrungen Aufwind verschaffen. Letzten Endes wird der Preis entscheiden. Wenn wir uns dann erst Gedanken über unsere Energieverschwendung machen, werden wir schon Zeit und Geld verloren haben.“

Karin Kneissl
Unabhängige Analytistin, Wien

**Sagen Sie uns, was Sie über
Sicherheit denken! Schreiben Sie
an oscemagazine@osce.org.
Ausgewählte Kommentare werden
im Magazin
„Sicherheitsgemeinschaft“
veröffentlicht.**

Öffnung des Weges zu weiterer Zusammenarbeit

Botschafter Silapberdy Nurberdyjew
Leiter der Delegation Turkmenistans bei der OSZE

Turkmenistan unterhält als Teilnehmerstaat eine gewinnbringende Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Interesse der Stärkung der Sicherheit in der OSZE-Region. Zu den Prioritäten Turkmenistans im Rahmen dieser Partnerschaft zählen die Schaffung wirksamer Mechanismen zur Verhütung und Lösung internationaler Konflikte, die Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, grenzüberschreitenden Bedrohungen, illegalem Drogenhandel und grenzüberschreitender Kriminalität und die Entwicklung moderner Modelle der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Umwelt.

Am 2. und 3. Oktober 2013 war Turkmenistan Gastgeber der 11. Konferenz der Zentralasiatischen Grenzsicherheitsinitiative (CABSI). Vertreter internationaler und regionaler Organisationen, darunter die OSZE, Dienststellen der Vereinten Nationen und Einrichtungen der Europäischen Union, trafen sich mit Beamten der Strafverfolgungs-, Grenzschutz- und Einwanderungsbehörden der betreffenden Länder zu einem Erfahrungsaustausch. Auf der Tagungsordnung standen die Modernisierung der Grenzkontrollsysteme, die Bekämpfung der illegalen Migration und das Vorgehen gegen gesetzwidrigen grenzüberschreitenden Warenverkehr, Drogenschmuggel und Korruption. Die Teilnehmer erörterten auch Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten und Afghanistan.

Turkmenistan bot die Konferenz Gelegenheit, im Rahmen seiner Außenpolitik die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen einschließlich der OSZE im Hinblick auf die Umsetzung groß angelegter Initiativen von weltweiter Bedeutung auszubauen.

Die turkmenische Regierung ist der Ansicht, dass die Gewährleistung von Sicherheit im Energiebereich eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Weltwirtschaft und deren Schutz vor Verzerrungen und Störungen ist. Am 17. und 18. Oktober 2013 veranstalteten der ukrainische OSZE-Vorsitz und die turkmenische Regierung in Aschgabat eine hochrangige Konferenz zum Thema „Energiesicherheit und Nachhaltigkeit – Die OSZE-Perspektive“, deren Abhaltung im Februar dieses Jahres von den Präsidenten der beiden Länder vereinbart worden war. Sie bot den Teilnehmern Gelegenheit, ein breites Spektrum von Themen zu besprechen, die für die Zusammenarbeit im Energiebereich wichtig sind, unter anderem die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung des Energiesektors, die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit im Energiebereich, die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Energietransports und der Energieinfrastruktur und die Förderung von nachhaltigen Energielösungen, Energieeinsparungen und Energieeffizienz.

Die Konferenz sollte einen Beitrag zur Umsetzung turkmenischer Initiativen leisten, die Frieden und nachhaltige Entwicklung in aller Welt und die Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Gewährleistung der Energiesicherheit zum Ziel haben.

Wie an diesen Tätigkeiten zu sehen ist, setzt sich Turkmenistan entschieden für vereinte Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung und Festigung des Weltfriedens und der internationalen Stabilität und Sicherheit ein, was durch sinnvolle Beschlüsse im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und durch das Vorgehen gegen neue Herausforderungen und Bedrohungen erreicht werden soll. Turkmenistan verfolgt daher konsequent und entschlossen eine Politik der gutnachbarlichen Beziehungen und der aktiven Förderung friedenskonsolidierender Prozesse.

#OSZE

Die Rechte aller

„Zivilgesellschaft und NGOs sind die Hüter der Menschenrechte. Sie können nett sein, wenn sie wollen, aber sie müssen nicht“, sagte Stavros Lambrinidis, der EU Sonderbeauftragte für Menschenrechte, in seiner Grundsatzrede auf dem **Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension 2013**, das vom 23. September bis 4. Oktober in Warschau stattfand und mit einer Rekordzahl von 1134 Teilnehmern, darunter über 600 NGO-Vertreter, punkten konnte.

Macht Gesetze gegen häusliche Gewalt, schützt Kinder vor Misshandlung, verbessert die Datenbeschaffung über Hassverbrechen, gewährt das Recht auf Glaubensfreiheit, stoppt Übergriffe auf Journalisten, respektiert die Privatsphäre im Internet, verteidigt die sprachlichen Rechte von Minderheiten – so lauteten einige der Empfehlungen.

Den vollständigen Bericht können Sie von www.osce.org/hdim_2013 herunterladen.

Was Terroristen verneinen

„Da die Bedrohung durch den Terrorismus anhält, müssen auch wir weiterhin entschlossen sein, ihn gemeinsam zu bekämpfen. Und da sich die Bedrohung durch den Terrorismus weiterentwickelt, muss auch die internationale Gemeinschaft immer wieder neue Antworten finden. Im Vorgehen gegen den Terrorismus müssen die Staaten jedoch immer das hochhalten und schützen, was Terroristen verneinen und untergraben wollen:

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“, sagte Botschafter Ihor Prokoptschuk, der Ständige Vertreter der Ukraine bei der OSZE, auf der zweitägigen **Konferenz über vorrangige Fragen der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus**, die am 10. und 11. Oktober vom ukrainischen Vorsitz in Kiew veranstaltet wurde. Auf der Tagesordnung standen aktuelle Herausforderungen und die Umsetzung des Konsolidierten Rahmens der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus von 2012.



Wahlen

Die Abhaltung freier und fairer Wahlen ist ein zentrales Dogma der OSZE. 2013 luden 17 Teilnehmerstaaten das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte ein, neun Parlamentswahlen, sieben Präsidentenwahlen und eine Kommunalwahl plus zwei Nachwahlgänge zu beobachten. Die Parlamentarische Versammlung entsendet ebenfalls Kurzzeitbeobachter.

Die Mission im Kosovo ermöglichte im Einklang mit dem Abkommen zwischen Belgrad und Priština/Priştinë vom 19. April die Kommunalwahlen in vier Gemeinden des Nordkosovo am 3. November und die Wiederholung des Wahlgangs in Nord-Mitrovica/Mitrovicë.

Security Days

Förderung dauerhafter Lösungen – Ansätze zur Konfliktlösung im OSZE-Raum war das Thema eines Security Day der OSZE am 16. September 2013 in Wien (siehe Seite 23).



„Die Legitimität einer demokratischen Regierung geht von demokratischen Wahlen aus“

Interview mit Janez Lenarčič

Janez Lenarčič ist seit Juli 2008 Direktor des Büros für demokratische Wahlen und Menschenrechte (BDIMR), der wichtigsten Institution der OSZE für Fragen der menschlichen Dimension.

Unter den vielen Fragen, mit denen sich das BDIMR befasst, ist die Wahlbeobachtung eine der öffentlichkeitswirksamsten. Das hat vermutlich die fünf Jahre ihrer Amtszeit ziemlich spannend gemacht.

Die Wahlbeobachtungsaktivitäten des BDIMR werden oft mit großer Aufmerksamkeit bedacht, aber eigentlich ist alles, was wir tun, wichtig. Die Unterstützung, die unser Büro den Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung demokratischer Institutionen, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Förderung und Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie bei der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung leistet, erfüllt mich mit Stolz. Doch genau so wichtig sind unsere Bemühungen um die Verbesserung der Lage der Roma und Sinti.

Was das Thema Wahlen betrifft, habe ich im Laufe meiner Amtszeit an mehr als 30 Wahlbeobachtungsmissionen in der ganzen OSZE-Region teilgenommen – ich war zwar nicht wirklich von Vancouver bis Wladiwostok unterwegs, aber beinahe. Eine mitunter schwierige, wenngleich immer lohnende Tätigkeit, die mir die Möglichkeit gegeben hat, viele unterschiedliche Wahlsysteme und deren Funktionsweise kennenzulernen und mitzuhelfen, sie zu verbessern.

Die OSZE umfasst 57 Teilnehmerstaaten, die alle ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Traditionen und Regierungssysteme haben – und auch ihre Regierungen auf unterschiedliche Art und Weise wählen. Stellt das nicht ein Problem für die Wahlbeobachtungsaktivitäten des BDIMR dar?

Da haben sie recht – keine zwei Wahlbeziehungsweise Regierungssysteme sind gleich. In einigen Ländern erfolgt die Wahl der Mitglieder des Parlaments auf Grundlage des Verhältniswahlrechts. In anderen Ländern werden sie in den einzelnen Wahlkreisen direkt gewählt. In jedem Land entscheiden Regierung und Bürger, welches System sie wollen.

Allen Ländern gemeinsam ist allerdings, dass sie sich mit der OSZE dazu verpflichtet haben, dass die Autorität und Legitimität jeder demokratischen Regierung von echten demokratischen Wahlen ausgeht. Welches auch immer die gewählte Regierungsform ist, sie muss mit den Grundsätzen demokratischer Wahlen, insbesondere dem aktiven und dem passiven Wahlrecht, im Einklang stehen. Sie muss sicherstellen, dass die Regierenden ihre

Autorität und Legitimität einzig vom Willen der Bevölkerung herleiten. Das sind die Schlüsselkriterien, an denen sich die mandatsgemäße Wahlbeobachtungstätigkeit des BDIMR orientiert.

Es ist also die Aufgabe Ihres Büros, zu beurteilen, ob diese Kriterien erfüllt werden?

Das BDIMR hat die Aufgabe, Empfehlungen abzugeben, die eine Verbesserung der Wahlprozesse nach Maßgabe dieser Kriterien bewirken; das tun wir mit unseren Schlussberichten. Eine objektive Beobachtung lässt erkennen, wo es Mängel gibt und wo Verbesserungen möglich sind – wobei klar sein muss, dass es keinen perfekten Wahlprozess gibt. Im Kopenhagener Dokument der OSZE und in einigen anderen wichtigen Dokumenten werden diese Kriterien ziemlich genau dargelegt.

Gehen Sie denn bei jeder Wahlbeobachtung gleich vor?

Bei jeder Wahl wird dieselbe Methodik angewandt. In einem ersten Schritt wird ermittelt, welchen Nutzen die Wahlbeobachtung für den Wahlprozess in einem bestimmten Land bringen kann. Dies geschieht auf Grundlage einer Bedarfserhebungsmission, die in das betreffende Land entsandt wird und dort mit Vertretern der Behörden, politischen Parteien sowie mit Kandidaten und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Medien Gespräche führt. Ausgehend von den dabei gewonnenen Informationen wird eine Empfehlung erstellt, ob eine Beobachtung angebracht ist, und wenn ja, in welchem Format sie am zweckmäßigsten ist.

Wären die finanziellen und humanen Ressourcen nicht begrenzt, könnte man auf eine derartige Bewertung verzichten. In der Realität von heute jedoch erlegen uns endliche Ressourcen Einschränkungen auf und wir sind aufgefordert, im Rahmen dieser Einschränkungen so umfassend und wirksam wie möglich die Wahlprozesse in den Teilnehmerstaaten der OSZE verbessern zu helfen.

Gleichwohl hält sich jede wahlbezogene Aktivität des BDIMR unabhängig von Format und Größe genauestens an die von allen OSZE-Teilnehmerstaaten vereinbarten Prinzipien für die Wahlbeobachtung, die da lauten: Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität. Es gibt keine politische oder sonstige verdeckte Agenda. Wir gehen an jede Wahl ohne Vorurteile und vorgefasste Meinungen heran.

Was ist der nächste Schritt?

Abgesehen von der Frage, welche Art von Mission für einen bestimmten Fall als die zweckmäßigste ermittelt wurde – ob Wahlbeobachtungsmission, eingeschränkte Wahlbeobachtungsmission oder Wahlbeurteilungsmission –, gibt es immer mehrere verschiedene Formate. Die Mission stützt sich bei ihren Erkenntnissen und Schlussfolgerungen ausschließlich auf die Informationen, die vor Ort von einem Kernteam bestehend aus Analysten und Lang- und Kurzzeitbeobachtern gesammelt wurden. Diese Informationen werden alle eingehend geprüft, analysiert und verifiziert. Gerüchte oder Informationen aus zweiter Hand berücksichtigen wir nicht.

Im Anschluss daran nehmen wir eine Beurteilung des Wahlprozesses vor, die die Grundlage für unseren Schlussbericht bildet, der dem betreffenden Land ein Paket von Empfehlungen zur möglichen Verbesserung dieses Prozesses an die Hand gibt.

Wie sehen die Reaktionen auf diese Empfehlungen aus?

Ganz unterschiedlich! In den meisten Fällen konnten wir gemeinsam mit der Regierung und anderen Behörden ein Follow-up zu unseren Berichten erstellen, wobei wir unterstützende technische Expertise für die Umsetzung der Empfehlungen anbieten. Das tun wir übrigens in allen Fällen.

Es kommt allerdings auch vor, dass der politische Wille für die Umsetzung der Empfehlungen fehlt. Das ist bedauerlich, da sich ja eigentlich alle diese Länder gleichermaßen dazu verpflichtet haben, nicht nur das BDIMR zur Wahlbeobachtung einzuladen, sondern auch den Empfehlungen der Wahlbeobachtungsberichte Folge zu leisten. In einem solchen Fall handelt es sich nicht nur um die Nichterfüllung der Zusagen, die alle Staaten in der OSZE gemacht haben, sondern auch um einen Mangel an Verantwortungsbewusstsein in Bezug auf den Schutz und die Förderung der demokratischen Rechte der Wähler.

Weiterführende Lektüre

Werden die Verpflichtungen erfüllt?

Das BDIMR hat seine Berichte über 55 Wahlen zwischen 2010 und 2013 im Lichte der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen ausgewertet: *Review of Electoral Legislation and Practice in OSCE Participating States*, abrufbar unter www.osce.org/odihr/elections/107073.

Neue technische Möglichkeiten der Stimmabgabe

Das BDIMR-Handbuch *Handbook for the Observation of New Voting Technologies* kann unter www.osce.org/odihr/elections/104939 abgerufen werden.





Afghanistan– Wie geht es weiter?

von Marcel Pesko

In Afghanistan wird das zu Ende gehende Transitionsjahrzehnt von einer Transformationsphase abgelöst. Angesichts des Abzugs der Internationalen Schutztruppe und der bevorstehenden Wahlen sollten die internationalen Akteure, unter ihnen auch die OSZE, überlegen, wie sie ihre Konzepte zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Afghanistan und der Region als Ganzes an die neuen Gegebenheiten anpassen können. Sie sollten nach Möglichkeiten suchen, ihre langfristigen strategischen Interessen besser zu planen und ihr Engagement in der Region besser zu koordinieren.

Uns allen ist klar, dass der Übergang des Transitionsprozesses in afghanische Eigenverantwortung in einem problematischen politischen und sicherheitspolitischen Umfeld erfolgt. Es geht dabei nicht nur um unmittelbare Besorgnisse über die Sicherheit und systemimmanente Instabilität, sondern auch um die ernstzunehmende Gefahr, dass der illegale Drogen- und Waffenhandel, dass Terrorismus, organisierte Kriminalität und Extremismus auf die Nachbarländer übergreifen und deren Stabilität unterminieren. In dieser kritischen Phase liegt die größte Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft, darunter auch die OSZE, darin, koordiniert

und entschlossen darauf zu reagieren. Die internationale Staatengemeinschaft sollte nach Wegen suchen, ihr langfristiges Engagement sicherzustellen, und sich dabei strategisch darauf konzentrieren, Sicherheit und Regierungsführung auf nationaler wie auf regionaler Ebene zu stärken und die afghanische Regierung weiter dabei zu unterstützen, ihre Fähigkeiten zu verbessern, um mit diesen Herausforderungen selbst fertig zu werden.

Bei diesem Vorhaben müssen natürlich die Länder in der Region dieses Vorgehen voll und ganz mittragen, sind sie doch im Prozess zur Stärkung der Sicherheit, Stabilität und des wirtschaftlichen Wachstums die wichtigsten eigenverantwortlichen Handlungsträger. Erst kürzlich fand in New York ein Treffen hochrangiger Vertreter der Länder „im Herzen Asiens“ statt, bei dem der Generalsekretär die Bereitschaft der OSZE erklärte, drei der sieben vertrauensbildenden Maßnahmen zu unterstützen, die diese regionale Initiative zur Unterstützung Afghanistans verabschiedet hat – nämlich Terrorismusbekämpfung, Drogenbekämpfung und Bildung; er bekräftigte auch, dass sich die OSZE nach wie vor zu diesem Prozess und zur weiteren Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen bekennt.

Im Sinne der maßgeblichen und in der Gedenkerklärung von Astana bekräftigten Ministerratsbeschlüsse beruht das Mandat für das OSZE-Engagement für Afghanistan auf der gemeinsamen Sichtweise, dass die Sicherheit im OSZE-Raum untrennbar mit derjenigen in den angrenzenden Regionen verknüpft ist. 2007 beschlossen die Teilnehmerstaaten, das OSZE-Engagement für Afghanistan, einen OSZE-Partnerstaat, zu erhöhen; auf dem Ministerratstreffen in Wilna 2011 kamen sie überein, das Engagement der OSZE zu verstärken.

Ergänzende Rolle. Alle diese Verpflichtungen unterstreichen, dass die OSZE bei den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um die Stärkung der Stabilität in Afghanistan und der gesamten Region eine ergänzende Rolle spielt. Sie begründen das Mandat für die Einsätze zur Stärkung des Grenzmanagements zwischen den Staaten Zentralasiens und Afghanistan, zur Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Waffen-

Drogen- und Menschenhandels, zur Förderung von Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, insbesondere von Good Governance und Handel, sowie zur Förderung der Menschenrechte, von Toleranz und Nichtdiskriminierung, der Medienfreiheit und der Gleichstellung der Geschlechter.

Projekte. Seit der Verabschiedung des Beschlusses von 2007 wurde eine Reihe von Projekten erfolgreich umgesetzt. Einige wurden Vorzeigeprojekte für die Tätigkeit der OSZE in der Region, wie etwa die Stabsakademie für Grenzmanagement, das Projekt für Patrouillenplanung und -leitung, das Zollausbildungsprojekt und das Projekt für Frauen als Unternehmerinnen.

Die OSZE-Feldpräsenzen in Zentralasien unterstützen ebenfalls einige wichtige Initiativen, wie die Minenräumung entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze, die regionale Zusammenarbeit im Falle von Explosionsgefahr, Programme zur Verhinderung einer Radikalisierung, den Dialog über grenzüberschreitende Gewässerbewirtschaftung, freie Wirtschaftszonen und grenzüberschreitende Handelsressourcenzentren. Die OSZE-Akademie in Bischkek, die Masterlehrgänge für Studierende aus ganz Zentralasien und Afghanistan anbietet, arbeitet derzeit am Aufbau eines Forschungszentrums zu Afghanistan, um die OSZE-Gemeinschaft bei der Auseinandersetzung mit neuen regionalen Sicherheitsfragen zu unterstützen.

Es gibt auch Pläne zur Einrichtung eines regionalen Exzellenzzentrums für Polizeiarbeit. Der Generalsekretär hat mit der Schanghai-Kooperationsorganisation Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit an dieser Initiative aufgenommen.

Man muss jedoch einräumen, dass einige Projekte, die man gemeinsam identifiziert hatte, von den maßgeblichen Behörden nicht unterstützt wurden oder nach wie vor wegen Finanzierungslücken nicht umgesetzt werden können. Insgesamt haben wir sehr positive Erfahrungen mit der Umsetzung unserer Afghanistan-Projekte gemacht. Da der Schwerpunkt der OSZE-Aktivitäten dem Kapazitätsaufbau gilt, wird durch diese Projekte nicht nur die Sicherheit in Afghanistan gefördert, sondern auch die Stabilität in der gesamten zentralasiatischen Region gestärkt.

Mehrwert. Die OSZE konnte zeigen, dass sie als eine niemanden ausschließende Plattform für Dialog, Zusammenarbeit, Koordinierung und den Informationsaustausch zwischen den wichtigsten Handlungsträgern in Afghanistan und Zentralasien besondere Vorteile bringen kann. In der ersten Jahreshälfte widmete der Generalsekretär eine Konferenz der Security Days dem Engagement der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan und die zentralasiatischen Staaten. An dieser Veranstaltung nahmen neben hochrangigen Vertretern aus den Staaten Zentralasiens sowie aus Afghanistan Vertreter von UNO, NATO, EU, CSTO und der Schanghai-Kooperationsorganisation teil; sie unterstrich besonders, dass die regionale Zuständigkeit im Mittelpunkt aller Initiativen der internationalen Staatengemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit in der Region stehen muss.

Wahlen. 2014 finden in Afghanistan die Präsidenten- und die Provinzratswahlen statt, die als besonders kritisches Ereignis zu sehen sind. Das BDIRM erhielt erst vor kurzem eine offizielle Einladung der unabhängigen afghanischen Wahlbehörde, die auf 5. April 2014 angesetzte Präsidentenwahl zu unterstützen.

Können wir mehr tun?

Heute stellt sich die Schlüsselfrage, ob wir die Transformation in Afghanistan stärker unterstützen können, indem wir die komparativen Stärken der OSZE, ihre über die Jahre gesammelten Erfahrungen und ihr breit gefächertes Potenzial einbringen. Auch wenn die Transformation zahlreiche Herausforderungen mit sich bringt, gibt sie zugleich die Möglichkeit, den Rahmen und des Instrumentarium der OSZE zu nutzen, um unsere gemeinsamen Ziele energischer voranzutreiben.

Die OSZE kann im Zuge ihrer Bemühungen zur Stärkung der Stabilität in der Region, vor allem durch den Prozess „Im Herzen Asiens“ öffentlichkeitswirksamer auftreten, indem sie die regionale Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und den Teilnehmerstaaten in Zentralasien fördert. „Im Herzen Asiens“ steht heute vor der Herausforderung, die Umsetzung seiner vertrauensbildenden Maßnahmen voranzubringen. Wie diese umgesetzt werden könnten, wäre ein Thema, zu dem die OSZE einen regionalen Dialog anstoßen und unterstützen könnte.

Der Helsinki-Prozess der KSZE sollte ebenso wie die Initiative „Im Herzen Asiens“ Vertrauen zwischen Ländern aufbauen, die bei unterschiedlicher Interessenlage der gemeinsame Wunsch verbindet, in Zukunft militärische Konfrontationen und Konflikte zu vermeiden. Natürlich ist jede Region geopolitisch und historisch gesehen einzigartig, doch könnten die Erfahrungen und Erkenntnisse der OSZE bei der Entwicklung und Umsetzung vertrauensbildender

Maßnahmen dem Prozess „Im Herzen Asiens“ beim Übergang in die nächste Phase zugutekommen.

Unter Nutzung des OSZE-Kommunikationsnetzes könnte beispielsweise ein „heißer Draht“ zwischen Afghanistan und seinen zentralasiatischen Nachbarn eingerichtet werden. Die OSZE könnte Zugang zum OSZE-Netz gewähren, um die Kontakte zwischen Afghanistan und den angrenzenden OSZE-Teilnehmerstaaten zu verbessern. Diese geschützte und verlässliche Verbindung könnte auch für einen Informationsaustausch über Sicherheitspolitik, militärische Dispositive und Verteidigungsplanung genutzt werden, ebenso wie für Informationen über aktuelle Einsätze oder Möglichkeiten für eine militärische Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch für gemeinsame militärische Ausbildungen.

Die OSZE könnte praxisbezogene Aktivitäten zu Kleinwaffen und leichten Waffen in den Bereichen Ausfuhr, Kontrolle von Waffenvermittlungsgeschäften, Rückverfolgung und Verwaltung von Lagerstätten unterstützen. Sie könnte auch bei der Organisation von Treffen und Ausbildungsveranstaltungen für afghanische Experten zur Frage der Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers behilflich sein.

Auf dem Gebiet der physischen Sicherheit und Verwaltung von Lagerbeständen wäre eine bessere Koordinierung mit anderen Organisationen wie NATO und CSTO zu überlegen. Auf dem Gebiet der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen könnten Nationale Aktionspläne anhand nachahmenswerter Praktiken aus Zentralasien und unter Umständen gemeinsam entwickelt werden. Die OSZE könnte fachliche Expertise und Unterstützung anbieten und Teilnehmer aus Afghanistan zu

nationalen und regionalen Arbeitskreisen und Seminaren zur Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats nach Zentralasien einladen. Sie könnte auch Afghanistan bei der Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans Hilfestellung leisten. Mittelfristig könnte durch gemeinsame Ausbildungskurse, militärische Kontakte, grenzüberschreitende Kommunikationsnetze oder die freiwillige Annullierung militärischer Operationen Vertrauen aufgebaut werden. Kurzfristig gesehen sollte die OSZE in Betracht ziehen, systematischer afghanische Vertreter zu einschlägigen Arbeitskreisen und Seminaren in der Region einzuladen.

Die OSZE könnte ihre Unterstützung in kritischen Bereichen wie Wasser- und Ressourcenmanagement, Energie- und Transportsicherheit, Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, Good Governance und Rechtsstaatlichkeit, Handel und Investitionen, Bildung, Wahlreform und Gleichstellung der Geschlechter ausbauen.

Selbstverständlich muss uns dabei klar sein, dass die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft, also auch der OSZE, darin besteht, Afghanistan den Transformationsprozess nicht aufzuzwingen, sondern ihn zu unterstützen. Der Schlüssel zu einer wirksamen Zusammenarbeit in der Region ist eine größere Eigenverantwortlichkeit Afghanistans und der Staaten Zentralasiens.

Ich bin davon überzeugt, dass die OSZE bereit ist, sich mit neuer Energie um die Bewältigung der Herausforderungen zu bemühen, mit denen unser Partnerland angesichts der bevorstehenden Übernahme der Sicherheit in die alleinige Verantwortung konfrontiert ist.

Marcel Pesko leitet das Büro des Generalsekretärs der OSZE. Dieser Artikel ist die Zusammenfassung eines Referats vom 9. Oktober 2013, das auf der gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates/Forums für Sicherheitskooperation gehalten wurde.

Erwartungen

Die Zeit nach 2014: Hoffnungen und Ängste der Menschen in Afghanistan

„Trotz Jahrzehnten des Konflikts hat sich Afghanistan dramatisch verändert. Diese Veränderung begann kurz nach Aufnahme der multisektoralen Zusammenarbeit durch die Vereinigten Staaten im Jahr 2001. Ich würde diese Veränderungen durchaus revolutionär nennen, eine einschneidende Revolution, die das Leben eines jeden, der in Afghanistan lebt, auf die eine oder andere Weise berührt. Heute gehen in ganz Afghanistan über acht Millionen Kinder zur Schule. Afghanen haben Zugang zur Macht, asphaltierte Straßen, Trinkwasser, eine bessere medizinische Versorgung, Zugang zu freien Medien, zu Technologien, Kommunikationsmitteln, Mobiltelefonen sowie zu guten militärischen und nichtmilitärischen Einrichtungen und es gibt ein rechenschaftspflichtiges und äußerst transparentes System zur Einhebung von Zöllen.“

Die Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens mit den Vereinigten Staaten (BSA) ist ein absolutes Muss. Diese wichtige Vereinbarung wird unsere Zukunft sichern. Es wird für die Stärkung der Demokratie in Afghanistan von entscheidender Bedeutung sein, dass im April 2014 freie und faire Präsidentenwahlen stattfinden. Ich möchte alle Afghanen dazu aufrufen, daran teilzunehmen, damit ohne Wahlbetrug eine neue legitime Regierung gebildet wird. Und ich möchte an die Freunde Afghanistans in aller Welt appellieren, Afghanistan auch weiterhin zu unterstützen, bis im ganzen Land Frieden und Stabilität herrschen.“

Abdul Satar Sarhal ist Direktor der Zollbehörde in Balch (Afghanistan). Der Chemiker und internationale Drogenexperte hat in Duschanbe und Baku an verschiedenen Konferenzen und Ausbildungslehrgängen der OSZE teilgenommen.

„Wird Afghanistan mit den großen Veränderungen fertigwerden, die 2014 auf das Land zukommen? Ich bin guter Hoffnung. Im Vergleich zu früher sind unsere außenpolitischen Beziehungen zu den Ländern in aller Welt heute wesentlich besser. In Washington, Berlin, London, Moskau, Peking, Teheran, Islamabad, Neu Delhi und allen anderen Hauptstädten ist man sich darüber im Klaren, dass niemandem geholfen ist, wenn man in Afghanistan ein Chaos hinterlässt. Der geplante Ablauf für den Abzug aus Afghanistan kann nur durch Zusammenarbeit funktionieren.“

Doch einige Fragen bleiben offen. Was passiert, wenn die internationale Staatengemeinschaft Afghanistan ein weiteres Mal sich selbst überlässt? Was, wenn die Fortschritte rückgängig gemacht werden? Was, wenn Errungenschaften wieder preisgegeben werden, insbesondere in Bezug auf die Teilhabe von Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben? Was, wenn die afghanische Regierung die Dinge nicht selbst in den Griff bekommt? Was, wenn aus den Nachbarländern eindringende Bedrohungen weiterhin jeden Fortschritt zunichtemachen? Was, wenn wir den Weg des Fortschritts verlassen?“

Suhailla Chyber aus Afghanistan besuchte die OSZE-Akademie in Bischkek.

„Schon im Wort *amniat*, das in den meisten Sprachen, die in Afghanistan gesprochen werden, ‚Sicherheit‘ bedeutet, steckt etwas Obrigkeitliches, denn es bezieht sich eigentlich immer auf ein herrschendes Regime, das gegen Angriffe von innen und außen und fast immer auf Kosten des einzelnen Bürgers geschützt werden muss.

Seit 2001 war diese Sichtweise noch nie so zutreffend wie heute. An die Stelle des zuvor zumindest als Lippenbekenntnis verfolgten Ziels, einen demokratischen und prosperierenden Staat Afghanistan aufbauen zu wollen, der mit sich und dem Rest der Welt in Frieden lebt, tritt zunehmend das minimalistische Ziel eines Afghanistan, das nicht länger Zufluchtsort und Ausgangspunkt des internationalen Terrorismus ist. Das ist, kurz gesagt, nichts anderes als Sicherheit mit vorwiegend militärisch geprägten Zügen, ein Ansatz, der möglicherweise nicht lange aufrechterhalten werden kann. Afghanistan muss die menschliche Sicherheit in den Vordergrund stellen, den Staat als Bezugspunkt zugunsten des Einzelnen aufgeben.

Sicherheit bedeutet nicht nur ein Ende des Krieges, sondern auch, seinen Geschäften in Sicherheit, in einem sicheren Umfeld nachgehen zu können, eine Arbeit zu haben, sich am politischen Geschehen beteiligen zu können, entscheiden zu können, welche Schulbildung man seinen Kindern zukommen lassen will, ein gesundes Leben zu führen – und das alles in dem Bewusstsein, dass einem diese Errungenschaften schon morgen wieder weggenommen werden können.

Die afghanische Regierung muss allen Menschen auf ihrem Hoheitsgebiet die Möglichkeit zu einem erfüllten Leben geben, damit sie zur Gesundheit und Entwicklung des Landes beitragen können. Dieses Vorhaben würde die vorbehaltlose Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft verdienen. So könnte und sollte Sicherheit mit einem menschlichen Gesicht aussehen.“

Said Resa Kasemi hat an der OSZE-Akademie in Bischkek studiert und ist heute Gastforscher am Norwegischen Institut für internationale Angelegenheiten (NUPI) in Oslo.

Für die meisten Menschen, die nicht in Afghanistan leben, birgt das Jahr 2014 Gefahren und zunehmende Instabilität. Aber nicht für mich und meine Generation. Unsere Erwartungen stehen im Zeichen von Optimismus und Hoffnung.

Der Grund dafür: Wir haben alle im Ausland studiert und wollen nun an der Entwicklung unseres Landes mitwirken. Tausende Afghanen haben im Ausland eine Ausbildung erhalten, viele von uns sind bereits in der Regierung, in der Privatwirtschaft und in internationalen Organisationen tätig.

Trotz der vielen Unzulänglichkeiten in den Bereichen Regierung, Entwicklung und Sicherheit hat sich Afghanistan im letzten Jahrzehnt gewandelt. Die Entwicklungen im Bildungswesen, im Mediensektor, in der Kommunikationstechnik, im Bankenwesen und im Dienstleistungssektor haben die Lebensweise der Menschen grundlegend verändert. Aus politischer Sicht herrscht in Afghanistan relative Freiheit, es gibt eine lebendige Medienszene und eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft.

Ungeachtet der vielen strukturbedingten Zwänge stellen Frauen eine neue politische Macht dar. Demokratie ist nach wie vor eine Hoffnung, eigentlich aber eine Notwendigkeit für ein Land mit so vielen Minderheiten, für die sie eine Frage des Überlebens ist.

Die budgetären Probleme stellen jedoch eine existenzielle Bedrohung dar. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden fast zur Gänze von den internationalen Partnern finanziert und die afghanische Regierung wird in den nächsten Jahrzehnten keine nationale Armee dieser Größenordnung erhalten können. Aus diesem Grund ist es ganz wichtig, dass die internationalen Hilfszusagen an Afghanistan auch noch über 2014 hinausreichen.

Der politische Wandel ist wesentlich wichtiger als Friedensgespräche mit den Taliban. Verläuft die Machtübergabe an eine neue Regierung nach den Wahlen 2014 friedlich, kann das die institutionelle Kontinuität des Staates gewährleisten, was im Interesse der nationalen Sicherheit entscheidend ist. Daher muss die internationale Staatengemeinschaft einschließlich der OSZE in ihren Programmen vor allem dafür sorgen, dass die Übergabe der Macht durch die Wahlen im Jahr 2014 funktioniert.“

Elham Gharji, Absolvent der OSZE-Akademie, ist derzeit Direktor der Privatuniversität Gawharschad in Kabul. Er ist auch Gründungsmitglied der Jugendbewegung „Afghanistan 1400“, die sich auf den Eintritt in die Politik vorbereitet, um Afghanistan in das fünfzehnte Jahrhundert nach afghanischer Zeitrechnung zu führen (in Afghanistan schreibt man das Jahr 1392).

„Ich erinnere mich noch gut, wie es war, als wir unter der Herrschaft der Taliban Angst hatten, aus dem Haus zu gehen. Frauen war es verboten, öffentlich in Erscheinung zu treten, der Schulbesuch war uns ab diesem Zeitpunkt ebenfalls untersagt. Mehr als einmal habe ich erlebt, wie Frauen von Taliban geschlagen und wie Tiere behandelt wurden. Die Taliban haben Afghanistan ins Verderben geführt.

Nach dem Fall der Taliban 2001 haben sich die Frauen dafür eingesetzt, wieder ihre frühere gesellschaftliche Stellung zu erlangen und an allen Bereichen der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft teilzunehmen. Man kann daher gut verstehen, dass ihnen die ungewisse Zukunft Sorgen bereitet.

Für die Zeit nach 2014 gibt es drei mögliche Szenarien. Das erste: Die bevorstehenden Wahlen verlaufen transparent und die Bevölkerung geht mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft in eine stabile Zukunft. Oder Afghanistan erlebt einen weiteren Bürgerkrieg, der von persönlichen Interessen der verschiedenen Parteien geschürt wird. Oder die Taliban übernehmen erneut die Herrschaft.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die beiden letzten Möglichkeiten ziemlich wahrscheinlich sind. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten und ist über die sozialen und politischen Veränderungen im Land nach wie vor nicht glücklich. Sie sind dagegen, dass Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen und tendieren daher dazu, das Taliban-Regime zu unterstützen.

Es gehört einige Naivität dazu, die Zukunft Afghanistans in den nächsten Jahren optimistisch zu sehen. Was auch immer passiert, es wird schlecht für die Frauenrechte sein. Für die Frauen in Afghanistan sieht die Zukunft nicht rosig aus.“

Sakina Qasemi studiert an der OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan)

„Die Übergabe der Verantwortung von den internationalen Kräften an die afghanischen Sicherheitskräfte könnte einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes darstellen. Aber den können die Afghanen nicht alleine bewältigen. Unsere internationalen Verbündeten müssen uns zur Seite stehen und uns weiterhin dabei unterstützen, Al-Qaida in der Region den Boden zu entziehen und die afghanischen Taliban davon zu überzeugen, dass es keinen Weg zurück gibt.

Das könnte durch einen von Afghanistan geführten und von den Nachbarstaaten unterstützten Friedensprozess geschehen. Die Präsenz internationaler Kräfte könnte die sicherheits-politischen Herausforderungen reduzieren und den Afghanen helfen, ihre schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens mit den Vereinigten Staaten.

Die OSZE könnte sich gemeinsam mit Afghanistan und den zentralasiatischen Staaten für die Bewältigung der Herausforderungen einsetzen, die vom Mohnanbau und dem Drogenhandel ausgehen, die weltweit eine Gesundheitsgefährdung für die Menschen darstellen.

Durch die Entsendung von Wahlunterstützungsteams kann die OSZE zur Qualität und Glaubwürdigkeit der Wahlen 2014 beitragen. Sie kann ihre Expertise für die Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn in Zentralasien anbieten. Sie kann auch weiterhin Ausbildungskurse für die Grenzschutz- und Grenzpolizei zur Verfügung stellen, um Afghanistan zu helfen, seine Grenzen gegen den internationalen Terrorismus und den internationalen Drogenhandel zu sichern.“

Farima Nawabi ist eine zweisprachige afghanisch-kanadische Sachbearbeiterin im afghanischen Außenministerium. Von März bis Juli 2012 war sie in Wien im OSZE-Sekretariat in der für Grenzen zuständigen Gruppe der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen tätig.



class="jargon" style="color

HTML PUBLIC "-//W3C//DTD ... title

VIR

Der Teufel im Detail

Wie man kritische Energieinfrastruktur vor terroristischen Anschlägen schützt

Die Aquädukte im Alten Rom waren Meisterwerke der Ingenieurskunst, doch gerade ihre grazilen Bogenkonstruktionen stellten sich letztendlich als Achillesferse des niedergehenden Imperiums heraus, da sie sich als Angriffsziel geradezu anboten.

Die moderne Technik hat die Aquädukte weit hinter sich gelassen, doch entbehrt es nicht der Ironie, dass die heutige Infrastruktur bei weitem verwundbarer ist als das Alte Rom.

Wir sind heute davon abhängig, dass uns eine raffinierte elektrische Infrastruktur mit Wasser, Licht, Wärme und der Energie versorgt, die wir zum Betrieb der zahllosen Geräte und Maschinen brauchen, die wir im Minutentakt nutzen, wenn wir nicht schlafen. Würden sie nicht funktionieren, dann käme auch das Leben, wie wir es gewohnt sind, zum Stillstand.

Diese Verwundbarkeit wurde durch die Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) noch größer. Intelligente, computergesteuerte Stromnetze sorgen für eine sicherere Energieübertragung, da sie Störungen entlang der Versorgungsleitungen in Echtzeit feststellen können. Damit sind sie aber auch Zielscheibe für Angriffe über das Internet – durch Hacker, verärgerte Mitarbeiter, Mitbewerber oder Terroristen.

Wir alle nehmen jedoch unsere Energieinfrastruktur als gegeben. Auf die Frage nach der größten Bedrohung für unsere Sicherheit antworten wir vermutlich „die Wirtschaftskrise“ oder „die schwächer werdende soziale Absicherung“, „Instabilität in den Nachbarregionen“, „ungesteuerte Migration“. Niemand würde sagen, dass ihn nachts die Sorge nicht schlafen lässt, er könnte am nächsten Morgen den Lichtschalter betätigen und alles bliebe dunkel. Wir wären sicher leicht besorgt, wenn die Kaffeemaschine den Dienst versagt, die Straßen im Dunkeln liegen, die Straßenbahnen nicht fahren und die Computer im Büro samt und sonders nicht hochgefahren werden können.

Die Schäden, die ein nachhaltiger Angriff auf unsere Infrastruktur nach sich zöge, hätten weitreichende Auswirkungen. Ein Ausfall würde den nächsten nach sich ziehen – was man als Kaskadeneffekt bezeichnet. Selbst wenn nicht alle Auswirkungen sofort schlagend werden, würden innerhalb weniger Tage die Luftverkehrskontrollen ausfallen, die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr fahren und die lebenserhaltenden Systeme in Krankenhäusern nicht mehr funktionieren.

Die Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten gab im vergangenen Jahr einen Bericht heraus, aus dem hervorgeht, dass bei einem Anschlag auf das landesweite Stromnetz mit monatelangen Blackouts und Hunderten oder gar Tausenden Todesopfern zu rechnen wäre.

Dazu kommt noch, dass ein solcher Ausfall auch durch einen Angriff aus dem Internet verursacht werden könnte. Wenn sich bei einem prolongierten Angriff die automatischen Notfallmechanismen einschalten, könnte das zusätzliche Schäden in demselben Ausmaß verursachen – so lange, bis die eigentliche Ursache gefunden und beseitigt ist.

Derartige Szenarien sind jedoch ziemlich unwahrscheinlich und sollten es auch bleiben, denn wenn sich je etwas Derartiges ereignete – wie der Sturm der Völker Germaniens auf die Aquädukte von Rom und Köln – wäre es für Gegenmaßnahmen zu spät.

Daraus ist folgende Lehre zu ziehen: Wir müssen uns dringend bewusst machen, dass die Infrastruktur, von der wir alle abhängen, anfällig ist. Wir müssen uns mit ihrem Schutz befassen und bereit sein, dafür Zeit und Geld aufzuwenden.

Um eben diesen Ansatz unter den OSZE-Teilnehmerstaaten zu fördern, hat die Gruppe Terrorismusbekämpfung der OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen erst kürzlich einen Praxisleitfaden für Regierungen und die Energiewirtschaft herausgebracht. Er enthält politische Orientierungshilfen und bewährte Verfahren für den Schutz kritischer Energieinfrastruktur mit dem Schwerpunkt terroristische Angriffe aus dem Internet.

Berechnung des Risikos

Will man einer Katastrophe zuvorkommen, empfiehlt es sich, die potenzielle Gefahr möglichst gering zu halten. Unsere kritischen Infrastrukturen sind höchst komplex und bestehen aus vielen mit einander verschränkten

physikalischen, menschlichen und Informationssystemen. Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, müssen wir alle uns möglich erscheinenden gefährlichen Ereignisse, Szenarien oder Entwicklungen identifizieren und bewerten. Wir müssen das Risiko berechnen.

Glücklicherweise ist schon viel geschehen, was diese Aufgabe etwas einfacher macht. Der Praxisleitfaden enthält wertvolles Wissen über die Instrumente, über die wir im Umgang mit dem Risiko verfügen, wie etwa die von der Internationalen Organisation für Normung (ISO) entwickelten Verfahren, darunter die ISO 27000 Reihe, die sich speziell mit Energieinfrastruktur befasst. Diese Normen werden laufend weiterentwickelt, müssen sie doch mit dem raschen Voranschreiten der Energietechnologie mithalten.

Partnerschaften

Da die Last der Verantwortung für die Instandhaltung und Wartung der Infrastruktur hauptsächlich in der Hand des Privatsektors liegt, wurden öffentlich-private Partnerschaften zum Schutz-Mantra für kritische Energieinfrastrukturen.

Mit der Entwicklung so genannter Runder Tische zum Thema „Schutz kritischer Infrastrukturen“, an denen die verschiedenen Behörden einerseits und das betriebliche Kontinuitätsmanagement der Privatindustrie andererseits teilnehmen und die eine Harmonisierung der Risikomanagementverfahren beider Sektoren zum Ziel haben, hat die Regierung der Schweiz gemeinsam mit der Industrie ein ausgezeichnetes Modell geschaffen.

Der nationale Plan zum Schutz kritischer Infrastruktur des US-Heimatschutzministeriums sieht vor, dass die Vertreter der Privatindustrie in den Koordinierungsgremien der Branchen und die verschiedenen Regierungsebenen in den Regierungskordinierungsräten zusammenarbeiten.

Als Forum, in dem Regierungen und Vertreter der Wirtschaft mit Experten und der Zivilgesellschaft zusammenkommen, kann die OSZE den Austausch fördern, politischen Willen entwickeln und beim Aufbau von Kapazitäten für den Schutz kritischer Energieinfrastruktur behilflich sein. Und sie kann zur Bewusstseinsbildung beitragen, wie etwa durch diesen Leitfaden.

Kurz gefasst lautet die Botschaft: Unsere Infrastruktur muss widerstandsfähig gemacht werden. Wenn wir davon ausgehen, dass jede potenziell mögliche zerstörerische Aktion eines Tages auch versucht wird, müssen wir die Mechanismen schaffen, die verhindern, dass im Falle des Falles die Infrastruktur zusammenbricht

***Good Practices Guide on Non-Nuclear Critical Energy Infrastructure Protection (NNCEIP) from Terrorist Attacks Focusing on Threats Emanating from Cyberspace* kann unter www.osce.org/atu/103500 heruntergeladen werden.**

Security Day zum Thema Konfliktlösung

Gibt es Methoden zur Beendigung von Konflikten? Kann man einen Durchbruch herbeiführen? Eine friedliche Lösung auf Dauer bewirken?

Das Extrahieren von Expertise aus der langjährigen Konfliktlösungserfahrung der OSZE und die Auslotung neuer Ansätze waren das Ziel des am 16. September in Wien abgehaltenen OSCE Security Day. Neues Herangehen an ausweglos scheinende Auseinandersetzungen, Wahrnehmung von Chancen, wenn die Zeit reif ist, Umgang mit potenziellen Verderbern, Nutzung multipler Kanäle – das waren nur einige der untersuchten Strategien. Drei Teilnehmer berichten.

Inklusivität

„Der größte Trumpf der OSZE ist ihre Präsenz vor Ort, die Tatsache, dass sie an so vielen Orten Mitarbeiter in Missionen hat, die den Überblick bewahren, und Institutionen wie den Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten, der versuchen kann, Konflikte auf lokaler Ebene anzugehen, bevor sie in etwas Größeres ausarten. Inklusivität ist dabei ein sehr wichtiger Aspekt. Zu den Stärken der OSZE gehört die Fähigkeit der Missionen, sowohl auf höchster diplomatischer Ebene als auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder sogar Einzelpersonen tätig zu werden.“

Sehr frustrierend ist natürlich die Tatsache, dass Parteien, die Konfliktlösungsbemühungen blockieren wollen, das auch können, insbesondere in einer auf Konsens basierenden Organisation. 1992 wurde die Regel „Konsens minus eins“ in Anspruch genommen, um Jugoslawiens Teilnahme auszusetzen, was zur Schließung der Mission führte, und ich denke, dass die Organisation seit damals versucht, einen derartigen Aufwand zu vermeiden. Manchmal bedeutet es, eine Präsenz zu behalten, auch wenn sie nicht immer alles erfüllt, was man vor ihr erwartet. Sie bietet jedoch eine Art von dauerhafter Einflussnahme, erinnert an die Notwendigkeit, sich in Richtung Konfliktlösung zu bewegen und verfügt über die entsprechenden Strukturen, wenn die Zeit dann doch reif ist.“

– P. Terrence Hopmann, Leiter des Konfliktmanagementprogramms an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins Universität, Vereinigte Staaten

Achtung vor dem lokalen Expertenwissen

„Wenn internationale Partner zur Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung in unsere Region kommen, erwarten wir uns als Einheimische, dass sie uns zuhören und bei ihrer Programmplanung auf unsere Bedürfnisse eingehen. Wir haben aber oft den Eindruck, dass sie mit bereits beschlossenen Tagesordnungen und Aktivitäten ankommen.“

In vielen Ländern, wie z. B. in Kirgisistan, sind die Zivilgesellschaft und lokale Organisationen bestens qualifiziert, um selbst eine grundlegende Ausbildung für Konflikttransformation durchzuführen – und das in der Lokalsprache, was in entlegenen Gebieten besonders wichtig ist. Wenn ein Thema allerdings für uns neu ist, dann können wir schon von unseren internationalen Partnern lernen.

Wenn das OSZE Zentrum in Bischkek und seine Außenstelle in Osch etwas Neues planen, dann werden üblicherweise Vertreter von NGOs zu einem Treffen eingeladen und um ihre Meinung befragt. Diese Praxis hat sich bewährt und wir respektieren sie. Aber internationale Organisationen können auch anders vorgehen. So hat zum Beispiel nach den Ereignissen im Juni 2010 unsere damalige Präsidentin Rosa Otunbajewa um Unterstützung bei der Ausbildung von Mediatoren ersucht. Was dann passierte: alle internationalen Organisationen erhielten finanzielle Mediationsunterstützung, während das ganze Land sehnsüchtig auf Mediations Workshops und Ausbildungen wartete. Aus diesem Grund ist Koordinierung zwischen internationalen Organisationen so wichtig.“

– Raissa Kadyrowa, Präsidentin der Foundation for Tolerance International, Kirgisistan

Schlummerndes Potenzial

„Die OSZE verfügt über viel Erfahrung in der Mediation, Konfliktverhütung, Frühintervention, Konfliktlösung, in der Beilegung von Streitigkeiten und deren Umsetzung. Sie war in den 1990er und 2000er Jahren wesentlich aktiver, und angesichts der abnehmenden Kooperationsbereitschaft zwischen den wichtigsten Akteuren macht sich Unruhe breit. Dies wirkt sich auf die Konsensfähigkeit der Organisation und auf ihre Aktivitäten, insbesondere vor Ort, aus. Nicht, dass diese erfolglos wären, sie sind nur im Vergleich zu davor weniger und weniger umfangreich geworden. Ich finde das sehr schade, denn es ist viel Potenzial vorhanden. Die Länder in der OSZE haben alle zusammen enorm viele Talente und Fähigkeiten und könnten viel erreichen, wenn sie diese zielgerichtet zur Lösung von Problemen in den Teilnehmerstaaten und zwischen ihnen einsetzten. Die Organisation nutzt bei Weitem nicht das Potenzial, das sie in früheren Zeiten zeigte. Wenn Veranstaltungen wie diese das bewusst machen können, dann denke ich, könnte das auch helfen, eine Änderung der derzeitigen Situation herbeizuführen.“

– William Hill, National War College, Fort McNair, Vereinigte Staaten.

Lesen Sie auch die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Security-Day-Veranstaltung „Promoting lasting solutions, approaches to conflict resolution in the OSCE area“ auf der Website www.osce.org/sg/103915.

Konfliktverhütung im Wandel der Zeit

Wie haben sich die Aufgaben der Konfliktverhütung im Lauf der Zeit verändert? Vier aufeinanderfolgende Direktoren des Konfliktverhütungszentrums erläutern uns ihre Sichtweise.

Marton Krasznai (1998–2002)

Während meiner Zeit als Direktor des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) hatten die Konflikte in Südosteuropa oberste Priorität. Die Kosovo-Verifizierungsmission von Oktober 1998 bis März 1999 war vielleicht die größte und schwierigste OSZE-Mission, die jemals stattfand. Die Stärkung der „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje, die Präsenz in Albanien und die Einrichtung einer großen Mission im Kosovo im Juli 1999 sowie die andauernde Unterstützung der Mission in Bosnien und Herzegowina bedeuteten für das relativ kleine Zentrum eine große Belastung.

Der Südkaukasus war ein weiteres Gebiet von vorrangiger Bedeutung. Die Einrichtung des Grenzbeobachtungseinsatzes der OSZE-Mission in Georgien war aufgrund logistischer Schwierigkeiten und des hochsensiblen Charakters der gesammelten Informationen eine Herausforderung. Das KVZ arbeitete eng mit den Missionen im Südkaukasus an der Entwicklung neuer, kreativer Ansätze, die der OSZE die schrittweise Lösung „eingefrorener Konflikte“ ermöglichen sollten. Trotz einiger erfolgreicher Projekte ging diese Aufgabe jedoch über die Kapazität und das Mandat des KVZ hinaus.

Die Einrichtung der OSZE-Zentren in Aschgabat, Astana und Bischkek sowie des OSZE Büros in Duschanbe im Sommer 1998 und dann 2000 des Zentrums in Taschkent erforderte neue Formen der Unterstützung. Zentralasien hatte jedoch nicht Priorität. Die verfügbaren Ressourcen (sowohl für das KVZ also auch die Missionen) reichten nicht für die umfassenden und komplexen Herausforderungen der Region, die von religiösem Extremismus, Drogenhandel, Auseinandersetzungen um Wasserressourcen bis zu Schwierigkeiten im Demokratisierungsprozess gingen. Das KVZ wies immer wieder auf die Chancen hin, die

sich durch die Intervention der Koalitionstruppen in Afghanistan eröffneten, jedoch mit eher begrenztem Erfolg.

Es war faszinierend und herausfordernd zugleich, mit so vielen verschiedenen Aufgaben betraut zu sein (Planung und Einrichtung von Missionen, Informationsmanagement, Analyse, Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden, Arbeit an neuen Ansätzen der Konfliktverhütung und -lösung, Koordination und Kooperation mit Partnerorganisationen), und das mit einem relativ kleinen Mitarbeiterstab. Die Entsendung von sekundiertem Personal ermöglichte der Organisation den raschen Aufbau großer Einsätze und die Aufrechterhaltung einer beeindruckenden Feldpräsenz mit bescheidenen Mitteln. Gleichzeitig fehlte es jedoch dem entsandten Personal manchmal an genaueren Kenntnissen über die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Zusammenhänge der Konflikte. Das KVZ mit seiner eher kleinen Zahl von Mitarbeitern mit zeitlich begrenzten Dienstverträgen war kaum in der Lage, dieses Defizit auszugleichen.

Die Verbesserung der Unterstützung für die Feldoperationen war meine absolute Priorität. Dazu gehörte die Einrichtung des Lageraums und Nachrichtenzentrums und das Bemühen um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Missionen und dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie Partnerorganisationen wie EU, NATO, Europarat und Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen.

Márton Krasznai ist derzeit Regionaler Berater des Sonderprogramms der Vereinten Nationen für die Volkswirtschaften Zentralasiens, Kovorsitzender der UNECE-Task Force des Programms „Regional Dialogue and Cooperation on Water Resources Management in Central Asia“ und der UNECE-Koordinationsstelle „Regional Economic Cooperation Conference on Afghanistan“.

Lamberto Zannier

(2002–2006)

Meine Amtszeit als Direktor des KVZ fiel in eine Zeit der Konsolidierung und des Wandels. In den 90er-Jahren zog die OSZE Bilanz über ihre rasche institutionelle Entwicklung und richtete gleichzeitig ihre Agenda und Operationen auf die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts aus. Natürlich gab es starke Elemente der Kontinuität wie die strukturierten Bemühungen zur Auseinandersetzung mit Langzeitkonflikten, die bis heute andauern, aber der Hintergrund war damals natürlich ein ganz anderer. Es war eine in vielfacher Weise aufregende Zeit und wir hatten schwierige Aufgaben zu bewältigen, wie unsere Mission in Tschetschenien oder den Grenzbeobachtungseinsatz in Georgien entlang der russischen Grenze.

Eine meiner ersten Aufgaben 2002 war die Neuverhandlung unseres Mandats für eine Präsenz in Minsk – eine Aufgabe, die wir nach intensiven Verhandlungen über Weihnachten mit einer hochrangigen Delegation aus Minsk erfolgreich abschlossen. Zur selben Zeit wurden unsere Präsenz und Rolle in Zentralasien kontinuierlich ausgebaut. Die Länder in der Region intensivierten ihr Engagement in der Organisation und brachten neue Themen auf unsere Tagesordnung.

Es war auch eine Zeit der Turbulenzen und der Veränderungen. Wir waren mit Unruhen, Krisen und einem mehr oder weniger friedlichen politischen Übergang in Ländern wie Georgien, Kirgisistan, Usbekistan und der Ukraine konfrontiert. Und wir mussten auf verschiedene Arten Wege finden, um zu verhindern, dass die Ereignisse zu größerer Instabilität führten.

In vielfacher Hinsicht stand Südosteuropa weiterhin im Mittelpunkt des Interesses der OSZE – das Ergebnis der umfassenden Investitionen der Organisation in diese Region im Vorjahrzehnt. Dies war im Kosovo besonders sichtbar, wo unser Feldeinsatz zur Unterstützung der UN-Mission fortgesetzt wurde.

Einer unserer Erfolge war die Aufnahme des Betriebs einer Polizeischule, die auf lokaler Ebene durchschlagenden Erfolg hatte, wie ich auch Jahre später, als ich im Auftrag der UNO dort war, feststellen konnte. Die multiethnische Ausbildung ist bis heute der Schlüssel für den Erfolg der Polizeiarbeit im Kosovo. Unsere Mission in Bosnien und Herzegowina war schon damals ein großer Einsatz, der in viele Aspekte der politischen Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft in diesem Land eingebunden war. Wir unterhielten eine große und aktive Mission in Kroatien, die ich vor knapp zwei Jahren schloss. Und viele Missionen in der Region, auch in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Albanien, verfügten über ein Netzwerk an kleineren Außenstellen, das

heute infolge der Fortschritte in den jeweiligen Gastländern wesentlich kleiner ist.

In jenen Tagen begannen wir auch, uns vermehrt den globalen Herausforderungen zuzuwenden, die inzwischen einen Großteil der Agenda der OSZE ausmachen. Ich stieß ungefähr ein Jahr nach 9/11 zur OSZE und erlebte die Diskussionen darüber, inwieweit eine regionale Organisation sich mit dieser neuen Art von Herausforderungen befassen sollte. Mein Beitrag war die Schaffung einer Grenzgruppe innerhalb des KVZ. Kürzlich hatte ich Gelegenheit, eine Abteilung für grenzüberschreitende Bedrohungen einzurichten, die sich auf systematischere Art und Weise mit diesen Fragen auseinandersetzt.

In dieser Zeit fanden auch interne Reformen statt. Das Integrierte Ressourcen-managementsystem und der leistungsbezogene Programmhaushalt waren Instrumente, die wir in diesen Jahren mit Michael von der Schulenburg als Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen unter dem Generalsekretär Ján Kubiš einführten und die die Funktionsweise der OSZE von Grund auf änderten. In dieser Zeit richtete ich auch die Gruppe zur Beurteilung und Evaluierung unserer Projekte ein, um die Effizienz, Kohärenz und Transparenz unserer Programmaktivitäten sicherzustellen.

Damals begann die OSZE auch, über ihren Tellerrand hinauszusehen, ihre Agenda und ihre Aktivitäten vor Ort zu entwickeln und den Dialog mit externen Partnern aufzunehmen. Im Bewusstsein der Tragweite dieser Entwicklung öffnete ich einen Teil der regelmäßig stattfindenden Missionsleiterreffen für Partnerorganisationen, was unseren Diskussionen größere strategische Tiefe verlieh und uns eine Verbesserung der Wirksamkeit unserer Operationen ermöglichte. Dies war auch durchaus im Sinne der beim Gipfeltreffen 1999 in Istanbul verabschiedeten Plattform für Sicherheitskooperation. Ich betrachte diese Zeit auch heute noch als Wendepunkt der Zusammenarbeit der OSZE mit anderen Organisationen.

Lamberto Zannier ist derzeit Generalsekretär der OSZE.

Herbert Salber (2006–2011)

Der Ehrgeiz, Konflikte zu verhüten, ehe Gewalt ausbricht oder untragbarer Schaden entsteht, heißt nicht viel weniger, als das Unmögliche zu wagen. Die OSZE verfügt zwar im Prinzip über die Instrumente und Mechanismen, um zu tun, was notwendig ist, doch müssen wir einräumen, dass die Gesamtbilanz der Konfliktverhütung alles andere als zufriedenstellend ausfällt. Das Konfliktverhütungszentrum besitzt eine beeindruckende Sammlung von Dokumenten, die direkt die Konfliktverhütung betreffen und aus einer dynamischen Periode in der Geschichte der OSZE nach dem Ende des Kalten Krieges stammen. Das Ergebnis einer gründlichen Analyse ihrer Wirksamkeit war jedoch ernüchternd. Es zeigte sich, dass die meisten von ihnen nie verwendet wurden. Warum ist das so? Die Antwort ist facettenreich, doch dürfte der Hauptgrund darin liegen, dass die Teilnehmerstaaten immer weniger bereit sind, kooperative Sicherheitsansätze zu nutzen. Zu fast jeder strittigen Frage gibt es ein breites Spektrum ganz unterschiedlicher Auffassungen unter den Teilnehmerstaaten, die schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Nicht alle, die an einem aufkeimenden Konflikt beteiligt sind oder ihn von außen beobachten, sind sich über seine Schwere oder Virulenz einig oder haben zumindest ähnliche Sichtweisen. Doch gerade bevor es zum Ausbruch eines Konflikts kommt muss man mäßigend tätig werden. Und genau hier beginnt das Problem: Wie mobilisiert man den politischen Willen, damit man Konsens herstellen und handeln kann?

Viele sehen in der Einbindung der internationalen Staatengemeinschaft eine unbillige Einmischung von außen und nehmen Hilfe erst dann an, wenn es zu

spät ist und der Konflikt bereits gewalttätig wurde. Dann landen wir sehr schnell im Konfliktbewältigungsmodus oder bei der Konfliktnachsorge. Das sind ganz ohne Zweifel auch wichtige Funktionen, sie können die Lage verbessern, menschliches Leid lindern beziehungsweise verhüten und verhindern, dass noch mehr Konflikte an die Oberfläche kommen – doch das alles kann nicht leisten, was das ursprüngliche Ziel der Konfliktverhütung hätte bewirken können. Wie sollen wir mit diesem Dilemma umgehen? Es bleibt nichts anderes übrig, als die Vertreter der Teilnehmerstaaten davon zu überzeugen, das Konfliktverhütungsinstrumentarium zu verstärken und zuzulassen, dass es im Bedarfsfall auch eingesetzt wird. Anregungen dazu liegen schon seit geraumer Zeit auf dem Tisch, doch hält sich der Wille, sie konstruktiv aufzunehmen, nach wie vor in Grenzen.

Das ist besorgniserregend. Wir können nicht behaupten, dass alle Konflikte im OSZE-Raum gelöst wurden. Da sind zum Beispiel die Langzeitkonflikte. Fortschritte bei der Entwicklung von politischen Lösungen für diese Konflikte sollten Hand in Hand mit Bemühungen gehen, sich eingehender mit den Gesellschaften in den betroffenen Regionen auseinanderzusetzen. Die tieferen Ursachen der Konflikte, die vor über 20 Jahren gewalttätig wurden, sind nach wie vor vorhanden: ethnische, religiöse oder politisch motivierte Gräben sind nicht verschwunden. Will man den Frieden fördern, der vielfach brüchig bleibt, wäre die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ein vielversprechender Weg. Das würde sicherlich ein begrenztes Maß an Einmischung bedeuten, die jedoch allen betroffenen Parteien zugutekommen könnte.

Herbert Salber ist derzeit Stellvertreter des Ständigen Vertreters Deutschlands bei der NATO.

Adam Kobieracki (2011–)

Da meine KVZ-Erfahrungen noch eine Art „work in progress“ sind, möchte ich mich hier nur auf einige kurze Anmerkungen beschränken. In der OSZE sind wir dabei, unsere Konflikt-verhütungsansätze und -instrumente kritisch zu durchleuchten.

Wir müssen das uns zu Gebote stehende Instrumentarium an die neuen politischen Gegebenheiten und das neue Sicherheitsumfeld adaptieren – was sich einfach anhört und doch zu gegebener Zeit schwer zu bewerkstelligen sein wird. Unsere Philosophie – umfassende Konfliktverhütung – wird dieselbe bleiben.

Formal gesehen beruht diese Arbeit auf dem Beschluss des Ministerrats von Wilna 2011 über die Elemente des Konfliktzyklus. Diesem Auftrag gemäß sehen wir uns die verschiedenen Möglichkeiten an, die der OSZE im Zuge des gesamten Konfliktzyklus zur Verfügung stehen, angefangen von der „klassischen“ Konfliktverhütung samt Frühwarnung und frühzeitigem Handeln, über Konfliktmanagement und -lösung bis hin zur Konfliktnachsorge. Große Aufmerksamkeit kommt dabei der Mediation und Versöhnung zu.

Es geht nicht darum, das Rad neu zu erfinden; wir wollen nur dafür sorgen, dass unsere Räder für die holprige und steinige Straße der Konfliktverhütung taugen. Seien Sie versichert, an Ideen mangelt es uns keineswegs! Sie sollten allerdings auch aufmerksam lesen, was mein Vorgänger, Herbert Salber, über die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, von den vorhandenen Instrumenten, Werkzeugen und Mechanismen der OSZE Gebrauch zu machen, zu sagen hat.

Die angesprochene konzeptionelle Arbeit erfolgt parallel zu den laufenden Konfliktverhütungs- und Konfliktlösungsbemühungen. Was die sogenannten „Langzeitkonflikte“ im OSZE-Raum anbelangt, waren die vorhandenen Verhandlungsformate in Bezug auf die Einhegung mehr oder minder erfolgreich, ohne uns jedoch einer tatsächlichen Lösung dieser Konflikte näher zu

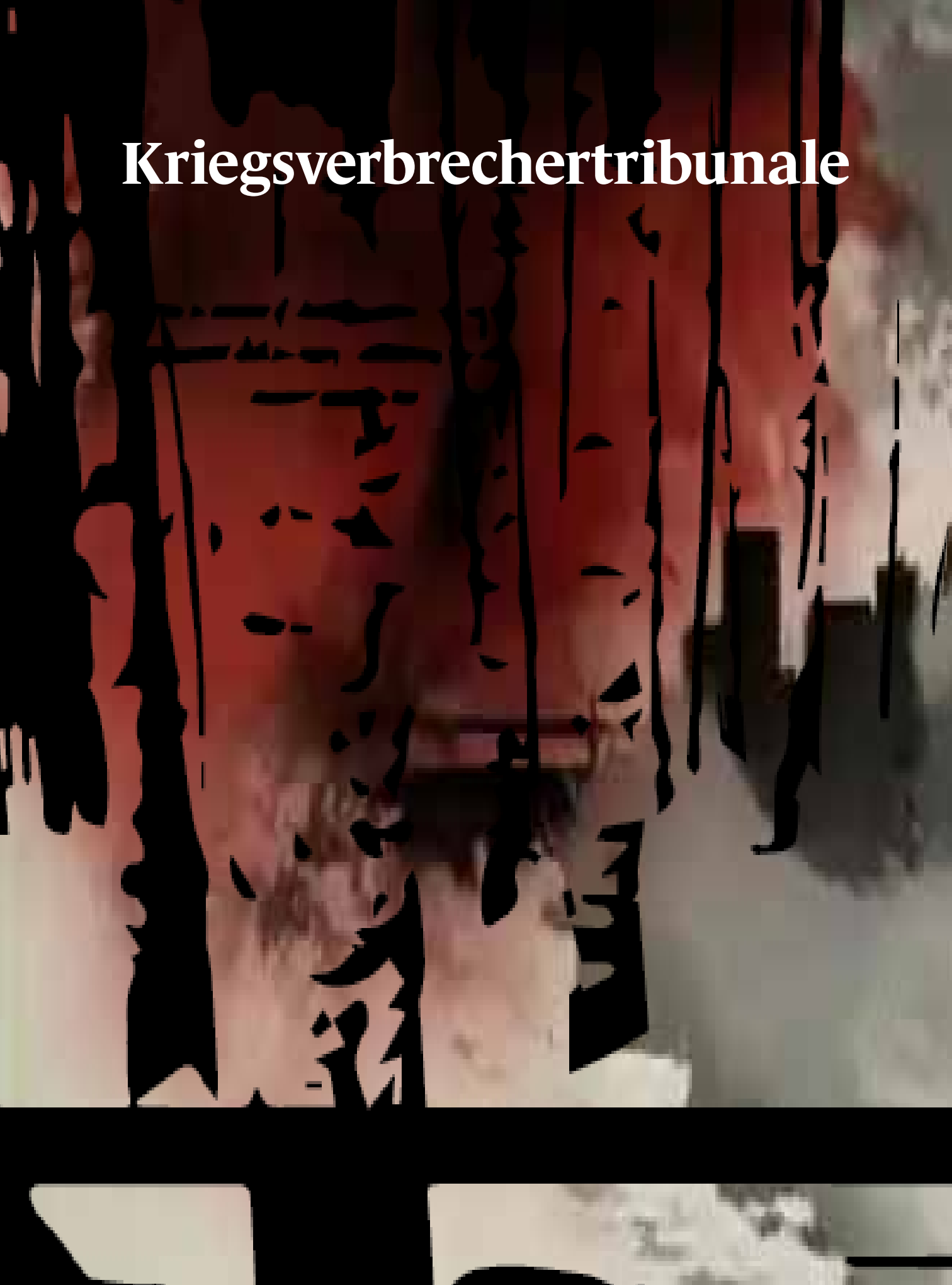
bringen. Das KVZ bemüht sich mit seinen höchst professionellen und engagierten Mitarbeitern nach Kräften, die Lebensbedingungen der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung durch mehrdimensionale Projekte zum Aufbau von Kapazitäten und mit der Durchführung von militärischen und zivilen vertrauensbildenden Maßnahmen zu verbessern.

Eine weitere Herausforderung, vor der wir stehen, ist die Frage, wie wir unsere Konflikt-verhütungsarbeit durchführen und anlegen sollen, wenn einige der Feldpräsenzen entweder geschlossen (wie in Minsk) oder umgebaut wurden (wie in Baku – wo nun statt des OSZE-Büros ein Projektkoordinator ist). Aus meiner Sicht, das sei betont, stellt eine Feldpräsenz keinen Selbstzweck dar sondern ein überragend wichtiges Instrument.

Meine Hauptsorge war jedoch bisher, dass man uns ständig auffordert, „mit weniger mehr zu leisten“ – also wirksamere Konfliktverhütung und -lösung mit weniger Geld, Personal und Feldpräsenzen zu bewerkstelligen. Ideen und Konzepte alleine sind da nicht genug.

Adam Kobieracki ist amtierender Direktor des Konfliktverhütungszentrums der OSZE.

Kriegsverbrechertribunale



Können Kriegsverbrecher- tribunale zur Versöhnung beitragen?

von Sir Geoffrey Nice QC

Kann man nach 20 Jahren sagen, dass internationale Strafgerichtshöfe irgendetwas zur Konfliktlösung oder zur Versöhnung beitragen? Man könnte es kurz machen und sagen: „Eigentlich nicht viel.“

Wenn man die Arbeit der internationalen Gerichtshöfe betrachtet, ist es immer sinnvoll, einen Schritt zurückzutreten und sie mit der innerstaatlichen Rechtsprechung zu vergleichen, die uns vertrauter sind. Strafgerichtsbarkeit und Strafvollzug dienen dem Schutz der Öffentlichkeit und der Verurteilung der Täter. Niemand erwartet von ihnen, dass sie das Opfer mit dem Vergewaltiger, den Hausbesitzer mit dem Einbrecher, den Hinterbliebenen mit dem rücksichtslosen Fahrer versöhnen, obwohl man vielleicht von einem opferzentrierten Justizsystem träumt, dessen Hauptaugenmerk auf der Herbeiführung einer Verhaltens-änderung liegt.

Die ersten internationalen Strafgerichtshöfe hatten aber tatsächlich einen Traum, zumindest am Anfang. Aus ihren Gründungsdokumenten ist ersichtlich, dass sie der Straffreiheit ein Ende bereiten wollten. Eine schöne Idee –

aber unrealistisch. Im ersten Bericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien an die Vereinten Nationen rief Antonio Cassese, ein hoch angesehener international tätiger Rechtsanwalt, der leider nicht mehr unter uns weilt, in Erinnerung, dass der Gerichtshof als eine der Maßnahmen vorgesehen war, die nach und nach zu einer Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen führen sollten.

„Wie kann eine Frau, die von einem Soldaten aus einer anderen Volksgruppe vergewaltigt wurde, oder ein Zivilist, dessen Eltern oder Kinder kaltblütig ermordet wurden, die Rachegefühle unterdrücken, in dem Wissen, dass die Täter ungestraft davongekommen sind und sich frei bewegen können, vielleicht sogar in derselben Stadt, in der sie ihre schrecklichen Taten begangen haben? Die einzige zivilisierte Alternative zu diesem Wunsch nach Rache ist die Anrufung eines Gerichts, die Durchführung eines fairen Verfahrens vor einem wirklich unabhängigen und unparteiischen Gericht und die Bestrafung der Schuldigen. Wenn es kein faires Verfahren gibt, werden früher oder später unterschwellige Hassgefühle und Ressentiments an die Oberfläche kommen und weitere Gewaltausbrüche nach sich ziehen“, schrieb er. „Die Rolle des Gerichtshofs kann nicht überbewertet werden“, folgerte er. „Er ist keinesfalls ein Rachewerkzeug, sondern ein Mittel zur Versöhnung.“

Warum? Kann es echte Versöhnung geben, wenn es um Verbrechen und Strafe geht? Ich glaube, das ist ein sehr schwieriges Problem. Diese Gerichte bringen unglaublich viel, aber auf die einfache Frage, ob sie wirklich viel mit Konfliktlösung zu tun haben, kann ich leider nur eine ziemlich ernüchternde Antwort geben, zumindest sieht es so aus. Wenn man die Berichte des Gerichtshofs einen nach dem anderen liest, sagen sie jedenfalls wenig dazu aus, vielmehr

befassen sich mit der technischen Abwicklung der Prozesse.

Während der 500 Verhandlungstage im Fall Milošević stand das Thema Versöhnung niemals im Zentrum unserer Arbeit. Wenn man die Akten durchblättert, findet man tatsächlich nur rund fünf Erwähnungen, die man mit gutem Recht interessant finden könnte. Keine davon bezieht sich auf die Arbeit des Gerichts selbst. Vielmehr heißt es dort, dass für die Versöhnung ein umfassender Demokratisierungsprozess in Serbien maßgeblich ist, oder eine gerechte Aufteilung des Territoriums von Bosnien und Herzegowina, oder die Gleichbehandlung aller am Konflikt beteiligten Führungspersönlichkeiten.

Einzigste Ausnahme ist eine Aussage von Milan Babić, dem Zahnarzt aus Knin, der auf serbischer Seite an der Anfangsphase des Kroatienkonflikts beteiligt war. Er bekannte sich schuldig, wurde verurteilt und sagte dann im Fall Milošević aus. Zu Beginn sagte er per Video aus, Gesicht und Stimme waren unkenntlich gemacht. Nach einiger Zeit bat er jedoch, seine Anonymität zu lüften. Über seinen Anwalt nannte er dafür mehrere Gründe. Einer davon war, dass es seiner Meinung nach der Versöhnung dienen würde, wenn man sieht, wie er vor Gericht die Wahrheit sagt.

Der Rest der Geschichte rund um Babić ist meines Erachtens beunruhigend. Er war ein frommer Familienmensch und zeigte aufrichtige Reue. Er stellte sich, so gut er konnte, in den Dienst aller Gerichtsverfahren und Wahrheitskommissionen, die die Menschen wieder zusammenführen sollten, da er nach eigenen Worten die Versöhnung wollte. Er wurde zu einem zweiten Verfahren geladen und war für ein drittes vorgemerkt. Im zweiten Verfahren wurde er einem aggressiven Kreuzverhör unterzogen, das ihn als Verräter entlarven sollte, worauf er sich erhängte.

Der Gerichtshof zeigte sich wenig interessiert, er registrierte nur seinen Tod und führte eine Untersuchung durch, um sicherzustellen, dass das Gefängnis keine Schuld traf. Aber war nicht dieser Mann bei der Auseinandersetzung mit dem Konflikt ebenso wichtig wie jeder andere? Der Fall ist ein trauriger Beweis für meine eingangs aufgestellte Behauptung: Die Gerichte sind nicht dazu da, Täter und Opfer zusammenzuführen. Sie haben eine sehr wichtige Funktion, aber in einem äußerst begrenzten

Umfang. Wenn internationale Gerichtshöfe und Rechtssysteme für sich in Anspruch nehmen, dass sie Täter nicht straflos davonkommen lassen, muss man ihnen entgegenhalten, dass durch die Einführung der Straftatbestände Mord und Vergewaltigung in nationalen Strafjustizsystemen diese Verbrechen nicht abgeschafft wurden.

Doch könnte man sie nicht als Teil eines größeren Projekts zu sehen, und nicht so sehr als Selbstzweck? Ich wurde nie Opfer von konfliktbedingter Gewalt und kann daher nicht beurteilen, wie wichtig es den Opfern ist, dass an den Tätern Vergeltung geübt wird, indem sie strafrechtlich verurteilt werden. Ich will die Bedeutung dieses Aspekts auch gar nicht kleinreden. Aber es scheint klar zu sein, dass es den Betroffenen nach einem Konflikt vor allem darum geht, zu erfahren, was geschehen ist, und darauf vertrauen zu können, dass später möglichst wahrheitsgetreu über die Ereignisse berichtet wird.

Die internationalen Gerichtshöfe bringen uns eine große Menge an Erkenntnissen. Abschreckung – ein ehrenwerter Wunsch – ist wahrscheinlich nicht allein der Arbeit der Gerichtshöfe zu verdanken, sie könnte sich vielmehr daraus ergeben, dass Politiker, Sozialwissenschaftler und viele andere in unseren offenen Gesellschaften – manchmal gemeinsam mit Anwälten – an einem Strang ziehen und sich auf gesichertes Wissen aus unterschiedlichsten Quellen stützen, insbesondere wenn es aus exakten Aufzeichnungen über bewaffnete Konflikte stammt.

Angeregt durch die Gerichtshöfe in Den Haag und den Internationalen Strafgerichtshof entstanden regionale und nationale Kriegsverbrechertribunale, die ihre Verfahren viel näher an den Bürgern in den betroffenen Gebieten abwickeln, wodurch diese als Anwesende im Gerichtssaal miterleben können, wie Recht gesprochen wird.

Mit der Zeit könnten wir zur Auffassung gelangen, dass das derzeitige System der internationalen Strafgerichtshöfe ein Experiment, eine Art „Work in Progress“ ist. Im Übrigen müssen in Zeiten moderner Kommunikation und des World Wide Web die Bürger nicht mehr ehrfürchtig kapitulieren, wenn sie die Geschehnisse aufarbeiten wollen und dabei von den Behörden im Stich gelassen werden. So hat etwa vor Kurzem eine internationale Gruppe in der Diaspora lebender Iraner ein inoffizielles Tribunal ins Leben gerufen, das sich mit den Massakern befasst, die in den 1980er-Jahren in iranischen Gefängnissen an Iranern begangen wurden. Ohne große Kosten wurden mithilfe von Skype 75 Zeugen aus aller Welt von London aus befragt. Mit diesem Beweismaterial und den Aussagen anderer wichtiger Zeugen wurden im Oktober angesehene Richter aus Den Haag, die in diesem Fall ehrenamtlich tätig waren, befasst.

Erst unlängst habe ich mich daran erinnert, wie beeindruckend die Friedensbewegung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis

zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war. Die Menschen fassten damals unter anderem Kriegsverbrecherprozesse ins Auge, in dem Glauben, es würde dann keinen Krieg mehr geben. Wie groß muss ihre Enttäuschung gewesen sein. Hätten sie allerdings eine Zeitreise unternehmen können, dann hätten sie erlebt, wie ihr Idealismus Gestalt annimmt, zuerst mit den Nürnberger Prozessen und dem Tokioter Kriegsverbrecherprozess und der Einführung neuer Straftatbestände wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dann mit dem System der heutigen Kriegsverbrechertribunale, ob sie sich nun mit Konflikten befassen oder nicht. Ihr Idealismus, der um die Jahrhundertwende zwar nichts bewirkte, muss aber den Grundstein gelegt haben für das, was danach kam, und sie hätten darin wohl einen Erfolg gesehen.

Ich glaube, unsere Aufgabe besteht jetzt darin, den neuen Idealismus zu erkennen und unseren Blick nicht nur auf die bestehenden Institutionen zu richten, die den Weg in die Zukunft abstützen, wenn dies vonnöten ist, und einem wirklich guten Zweck dienen. Ich stelle mir vor, dass es dem neuen Idealismus nicht in erster Linie um ausgleichende Gerechtigkeit geht; sie kann dazugehören, aber ohne im Mittelpunkt zu stehen. Im Mittelpunkt des neuen Idealismus müssen Wissen und Information stehen. Denn, so glaube ich, nur ein Maximum an Wissen und Information über die Geschehnisse während eines Konflikts ermöglicht es uns als Bürgern dieser Welt, in Zukunft bessere Mechanismen zur Bewältigung und Eindämmung – ich befürchte, nicht zur Beendigung – und von Konflikten zu finden, und kann, wenn auch langsam, die Chancen auf ein gewisses Maß an Versöhnung erhöhen.

Kronanwalt Sir Geoffrey Nice, Barrister und Rechtsprofessor am Gresham College, war von 1998 bis 2006 am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien tätig und Ankläger im Prozess gegen den früheren serbischen Präsidenten Slobodan Milošević.

Dieser Artikel ist eine vom Autor approbierte gekürzte Fassung öffentlicher Vorlesungen am Gresham College zum Thema „War Crimes Courts that Reconcile: Oxymoron or Possibility?“ und „International Criminal Tribunals: Experiments? Works in progress?“. Die ungekürzten Fassungen der Vorlesungen von Kronanwalt Sir Geoffrey Nice sind unter www.gresham.ac.uk nachzulesen.

Die Vorteile einer sachlichen rechtlichen Analyse

Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen in Kroatien

Mutige Aktivisten kämpfen in Kroatien seit Jahren gegen das Schweigen, mit dem häufig über das Leid der Opfer von Kriegsverbrechen hinweggegangen wird, und setzen sich vehement für die Rechte der Opfer ein, überzeugt davon, dass nur ein einschneidender, intensiver, öffentlich geführter Dialog, so schmerzlich er auch sein mag, die Gesellschaft weiterbringt. Die NGO Documenta hat beispielsweise mit großem Engagement Todesopfer und persönliche Erinnerungen seit 1941 dokumentiert.

Seit 2012 verfolgen jedoch Documenta und zwei weitere NGOs – das Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte und das Bürgerkomitee für Menschenrechte – mit demselben Ehrgeiz einen ganz anderen Weg. Die drei Organisationen, führend in der Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen in Kroatien, arbeiten unter Anleitung von OSZE-Ausbildern daran, ihre Prozessberichte weniger emotional abzufassen und stattdessen eine ihrem Anliegen dienlichere objektive Analyse vorzunehmen.

Richard Rogers, ein Experte für Kriegsverbrecherprozesse und einer der internationalen Ausbilder, weiß darüber zu berichten.

Was war das Ziel der Ausbildung?

Nachdem das OSZE-Büro in Zagreb sein Mandat zur Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen erfüllt hatte, übernahmen örtliche NGOs diese Aufgabe. Mit dem Ausbildungsprogramm wollte die OSZE das nötige praktische und theoretische Wissen an die NGOs weitergeben.

Als wir vor zwei Jahren die Arbeit mit den NGOs begannen, hatten wir es mit einer Gruppe junger, intelligenter, hoch motivierter Beobachter mit hohen moralischen Ansprüchen zu tun. Das Problem war, dass sie an ihre Aufgabe mit der Einstellung von Aktivisten herangingen und die Fälle ausschließlich aus der Opferperspektive betrachteten. Ein Prozessbeobachter sollte aber die Fälle objektiv und ausschließlich anhand der für ein faires Verfahren geltenden Standards beurteilen. Davon hängt auch die Glaubwürdigkeit ab.

Wir rieten den Beobachtern zu einem deutlich strukturierten Beobachtungs- und Berichterstattungsstil, ausgehend von den internationalen Normen für faire Verfahren nach der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Kroatien hat diese beiden internationalen Verträge unterzeichnet und daher ist der Staat – und nicht nur der einzelne Richter – verpflichtet, sie anzuwenden. Zu den wichtigsten Rechten zählen die Unschuldsvermutung, das Recht auf wirksame Verteidigung, auf eine öffentliche Verhandlung, auf Ladung und Vernehmung von Zeugen und auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht. In Kroatien ist der Anspruch der Opfer auf einen wirksamen Rechtsbehelf wahrscheinlich das wichtigste Recht, auf das die Beobachtung zu achten hat.

Wenn sie die internationalen Normen für ein faires Verfahren anwenden, können Beobachter beurteilen, ob bei einem Gerichtsprozess diese internationalen Verpflichtungen eingehalten werden, und sie können die kroatischen Gerichte mit anderen Gerichten in der Region oder auf internationaler Ebene vergleichen.

Eines muss ganz klar gesagt werden: Die Prozessbeobachtung ist nicht dazu da, etwas an den Ergebnissen eines Verfahrens zu ändern. Beobachter sind kein zweites Berufungsgericht. Sie sollten vielmehr darauf bedacht sein, keinerlei Einfluss auf das Verfahren auszuüben.

Sie sollten aber auf Fragwürdiges hinweisen, systembedingte Probleme aufzeigen und Empfehlungen zur Verbesserung der Strafrechtspflege abgeben.

In Kroatien werden gewichtige und komplexe Prozesse geführt, und es ist von großem Nutzen, wenn Prozessbeobachter diese Verfahren überwachen: Sie liefern Rückmeldungen an das System, wenn ihnen etwas fragwürdig erscheint, sie veröffentlichen ihre Berichte und sie geben der Öffentlichkeit im Sinne der Rechenschaftspflicht ein genaues und objektives Bild von den Vorgängen. Was die NGOs machen, ist sehr wichtig, nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes.

Was kann Prozessbeobachtung im besten Fall bewirken?

Ein gutes Prozessbeobachtungsprogramm kann die Justiz fairer machen. Das ist natürlich im Interesse des Angeklagten, ist aber auch gut für das Opfer. Faire Verfahren führen mit größerer Wahrscheinlichkeit zum richtigen Ergebnis – das ist für die Opfer genauso wichtig wie für alle anderen. Wenn Ihr Mann ermordet wurde, wollen Sie nicht, dass irgendjemand verurteilt wird; Sie wollen, dass der wahre Täter schuldig gesprochen wird und ins Gefängnis kommt.

Auch die Öffentlichkeit profitiert von der Beobachtung. Die öffentlichen Berichte dokumentieren den chronologischen Ablauf des Verfahrens. Wer einen Prozess nicht persönlich verfolgen konnte, kann immer noch den Bericht darüber nachlesen. Wissenschaftler können von den NGOs erfahren, wie viele Verfahren es in den letzten zehn Jahren gab, wie viele mit einer Verurteilung endeten, wie viele Freisprüche es gab, welche Probleme es gab, wie viele Serben und wie viele Kroatien betroffen waren, wie die Anklage lautete.

Die Berichte sind auch hilfreich für die kroatischen Behörden. Nicht nur, weil sie den Empfehlungen Vorschläge für Systemverbesserungen entnehmen können. Die Berichte zeigen auch positive Veränderungen auf, die ansonsten übersehen werden könnten.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass es bei der Prozessbeobachtung nicht nur um Kritik geht, es sollte auch Positives Erwähnung finden. In Kroatien ist das, glaube ich, wichtig, besonders bei Kriegsverbrecherprozessen. Aus einer Reihe von

Gründen ist es für Staaten immer sehr schwierig, Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen. Erstens sind die Verfahren selbst aufgrund ihrer Größe und Komplexität sehr schwer zu administrieren. Zweitens gibt es heikle Fragen, die sich bei internationalen Tribunalen nicht so häufig stellen, etwa der Zeugenschutz. Und drittens steht das Gericht oft unter massivem Druck vonseiten der Öffentlichkeit und des Staates, nicht die eigenen Leute vor Gericht zu stellen.

Trotz all dem haben in Kroatien Hunderte Verfahren stattgefunden, nicht nur gegen ethnische Serben, sondern auch gegen Kroaten. Ich glaube, Kroatien ist bei der strafrechtlichen Verfolgung der eigenen Leute nach dem Krieg so weit gegangen wie fast alle anderen Länder, und das ist eindeutig etwas, was wir als positiv anerkennen sollten.

Was wird von den Beobachtern bemängelt?

Das größte Problem in Kroatien ist der große Verfahrensrückstau, weshalb die Beobachter in ihren Berichten immer wieder die Sorge äußern, dass die Opfer nicht zu ihrem Recht kommen. Vereinzelt wird auch die unterschiedliche Behandlung von ethnischen Serben und Kroaten bei Kriegsverbrecherprozessen bemängelt, sowohl hinsichtlich des Urteilspruchs als auch des Strafausmaßes.

In der ersten Zeit gab es wesentlich mehr Verfahren gegen Serben, die Verfahren gegen Kroaten wurden auf Eis gelegt. In Ostkroatien, wo 200 000 Menschen im Zuge der großen ethnischen Säuberungsaktion „Operation Sturm“ aus ihrer Heimat vertrieben wurden, gibt es eine riesige Zahl serbischer Opfer – kroatische Staatsangehörige serbischer Volkszugehörigkeit –, die noch immer auf ein gerechtes Urteil warten. Das ist eine sehr schwierige Frage, die die Gesellschaft spaltet.

Schon mehrfach wurde von den Beobachtern empfohlen, die Angelegenheit zu beschleunigen, diese Fälle vor Gericht zu bringen und den Opfern in irgendeiner Form zu ihrem Recht zu verhelfen. Dank der Ausbildung berufen sich diese Empfehlungen nun auf den völkerrechtlich verankerten Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf.

Der Jahresbericht 2012 ist nach den besten internationalen Gepflogenheiten strukturiert. Er beginnt mit dem Mandat und den Zielen des Beobachtungsprogramms und trennt scharf zwischen der historischen, politischen und sozialen Analyse und

den Ergebnissen der Prozessbeobachtung, die sich in erster Linie auf Verletzungen der internationalen Normen für ein faires Verfahren richtet. Konkrete Beobachtungen zu einzelnen Fällen sind in den Anhang gewandert. Der Bericht ist kürzer als die vorhergehenden und leichter zu lesen.

Wie geht es weiter?

Gerichtsverfahren, bei denen es um sexuelle Gewalt in Kriegszeiten geht, stellen besondere Anforderungen an die Beobachter. Mit einer Schulung zu diesem Thema haben wir dieses Jahr Neuland betreten. In Kroatien ist diese Frage sehr aktuell. 2012 gab die Regierung ein Protokoll für die Prozessführung in Fällen sexueller Gewalt heraus. Die NGOs werden Gelegenheit haben, die Einhaltung dieser Regeln zu überprüfen, und können den staatlichen Behörden internationale Beispiele guter Praxis zur Nachahmung empfehlen.

Das Thema erhielt unlängst neue Aktualität, als die G8 in einer Erklärung die Staaten aufrief, Maßnahmen zu ergreifen, um sexuelle Gewalt in Kriegszeiten zu verhindern. Dazu kam im Juni noch die Resolution 2106 des UN Sicherheitsrats, die die Unterbindung sexueller Gewalt als Taktik der Kriegsführung fordert und alle Staaten dazu aufruft, in allen mutmaßlichen Fällen eine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten. Im September gaben die Vereinten Nationen auf hoher Ebene eine Erklärung zu diesem Thema ab, der sich über 100 Staaten anschlossen. Im Rahmen der britischen Initiative zur Verhinderung sexueller Gewalt werden weltweit Experten entsandt, um örtlichen Partnern bei der Verhinderung sexueller Gewalt in Kriegszeiten zu helfen. Es ist erfreulich, dass die NGOs in Kroatien an einem Vorschlag für ein neues Projekt zur Beobachtung von Fällen sexueller Gewalt arbeiten, da sie dabei eine wichtige Rolle spielen können.

Das Projekt „Kapazitätsaufbau für kroatische NGOs, die Kriegsverbrecherprozesse beobachten“ wurde 2012 vom Rechtsdienst des OSZE-Sekretariats durchgeführt. 2013 wurde es als außerbudgetäres Projekt mit finanziellen Mitteln aus den Niederlanden, Österreich, den Vereinigten Staaten, Schweden und dem Vereinigten Königreich fortgesetzt.

Der gemeinsame Jahresbericht 2012 der drei NGOs findet sich in kroatischer und englischer Sprache auf der Website von Documenta <http://www.documenta.hr> und der Website der NGO Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte <http://www.centar-za-mir.hr>.

Übergang zu einem kontradiktorischen System

Kriegsverbrechergerichte auf dem Westbalkan stehen vielfach vor denselben Herausforderungen. Ein gemeinsames Merkmal ist, dass der große Rückstau von Fällen den Übergang von einem inquisitorischen zu einem kontradiktorischen System bewirkt hat, das abgekürzte Verfahren und Verfahrensabsprachen als Mittel zur raschen Erledigung ermöglicht.

Bekannt sich ein Angeklagter als Gegenleistung für ein milderes Urteil ohne langes Gerichtsverfahren schuldig, kann das Gericht sofort den nächsten Fall in Angriff nehmen. Die damit verbundenen Verfahrensabsprachen und informellen Verhandlungen sind nicht unproblematisch. Wenn kein Verfahren stattfindet, werden unter Umständen die Ansprüche des Opfers auf Wahrheitsfindung und Anerkennung seines Status nicht zur Gänze befriedigt.

In einer Reihe vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstalteter regionaler „Peer-to-Peer“-Tagungen können Richter aus dem Westbalkan im Zuge eines Erfahrungsaustauschs besprechen, welche Herausforderungen mit Verfahrensabsprachen verbunden sind und wie Kriegsverbrecherprozesse effektiver geführt werden können.

Das BDIMR beteiligt sich am Aufbau von Kapazitäten in Institutionen und innerhalb der Richterschaft in Südosteuropa und arbeitet dabei eng mit den OSZE-Feldoperationen zusammen. Dadurch sollen Opfer zu ihrem Recht kommen und Kriegsverbrecher im Einklang mit internationalen Normen rascher abgeurteilt werden.

Die OSZE schult Richter auf der Grundlage eines vom BDIMR ausgearbeiteten Lehrplans für Völkerrecht, fördert den Austausch und die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene und hilft beim Wissenstransfer von internationalen Strafgerichtshöfen an die nationalen Gerichte.

Näheres über die Tätigkeit des BDIMR zum Thema Kriegsverbrecherprozesse erfahren Sie unter www.osce.org/odihr/74803.

125576788888

Vom Nutzen der Rückverfolgung

2010 ging beim britischen ballistischen Aufklärungsdienst National Ballistic Intelligence Service (NBIS) das Ersuchen ein, die Herkunft von drei Glock Pistolen festzustellen, die in Nordwestengland sichergestellt worden waren. Innerhalb weniger Tage wusste man, dass die Waffen von einem Hersteller in North Carolina (Vereinigte Staaten) erworben worden waren. Das war der engen Zusammenarbeit mit dem American Bureau for Alcohol, Tobacco and Firearms (ATF)

und dessen Online-Rückverfolgungs-Tool eTrace zu verdanken, wie der nachrichtendienstliche Leiter von NBIS, Ian Head, erklärt. Es war nicht nur möglich, die Herkunft der Schusswaffen sondern auch die Seriennummer von 80 weiteren Schusswaffen festzustellen, die derselbe Hersteller innerhalb eines halben Jahres verkauft hatte. Leider konnten diese Erkenntnisse nicht verhindern, dass mit einer der fraglichen Glock-Pistolen neun Monate später in

Großbritannien ein Mord begangen wurde. Die Kenntnis der Vorgeschichte dieser Waffe gab den Ermittlern bei der Aufklärung des Verbrechens jedoch einen Vorsprung.

In der größten Stadt Kanadas, Toronto, herrschte im Stadtteil Jamestown Grabesstille; die Einwohner waren von gewalttätigen Banden, Drogenhandel und einer Mordserie völlig eingeschüchtert. Dann beschloss die Polizei, alle Waffen zurückzuverfolgen, die dort in den letzten fünf Jahren beschlagnahmt worden waren, berichtet der stellvertretende Staatsanwalt und Berater der Polizei von Toronto, Assistant Crown Attorney Vincent Paris. Ein Großteil davon kam

aus einer 2400 km entfernten Kleinstadt an der Grenze zwischen Texas und Oklahoma. Das ATF machte denjenigen ausfindig, der im Laufe der Jahre in diesem Geschäft mehrere hundert Schusswaffen erworben hatte. Die weiteren Ermittlungen brachten Einzelheiten über zahlreiche Helfershelfer zutage, die große Mengen von Schusswaffen und Drogen über die Grenze gebracht hatten. Durch die Rückverfolgung gelang es schließlich, einen ganzen Schmugglerring auszuheben und den Außenbezirk von Toronto wieder sicherer zu machen.

Ein kleines aber keineswegs unwichtiges Detail zu dieser Geschichte: es war eine DVD, die der Polizei den ersten Hinweis lieferte, auf Grund dessen sie die Ermittlungen aufnahm – die kriminelle Bande von Jamestown hatte nämlich einen Clip produziert, in dem sie preisgab, wie sie den Drogenhandel in dem Viertel kontrollierte. Die Schmuggler waren völlig konsterniert, als sie erfuhren, dass ihr Gewaltkartell dank dieses siebenminütigen Rap-Videos zerschlagen worden war.

Beide Geschichten illustrieren einen wichtigen Aspekt: die Rückverfolgung von Schusswaffen ist eine wertvolle Hilfe bei der Verbrechensbekämpfung. Plattformen wie eTrace, die in den zwei beschriebenen Fällen verwendet wurde, und iARMS, ein ähnliches internetbasiertes System zum Informationsaustausch, das erst vor Kurzem für die 190 Mitgliedstaaten von INTERPOL in Betrieb genommen wurde, sind leistungsfähige Werkzeuge für Ermittlung und Analyse. Sie ermöglichen nicht nur die Festnahme und strafrechtliche Verfolgung einzelner Verdächtiger, sondern die Zerschlagung ganzer krimineller Netzwerke.

„Die drei großen Herausforderungen bei der Rückverfolgung sind die Kennzeichnung, die Registrierung und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit“, meint Glenn McDonald vom Genfer Forschungsinstitut Small Arms Survey.

„Wenn man eine beschlagnahmte Schusswaffe untersucht, sollte man auf dem Rahmen oder Verschlussgehäuse eine Seriennummer finden. Damit man aus einer Kennzeichnung Schlüsse ziehen kann, muss man nicht nur wissen, um welchen Typ sondern auch um welches Modell von Schusswaffe es sich handelt, da viele Hersteller dieselben Seriennummern wiederholen. Da braucht es Fachleute“, erläutert er.

„Das Zweite, was es unbedingt braucht, ist eine entsprechende Registrierung“, setzt er fort. „Hier sind wir davon abhängig, dass es Aufzeichnungen gibt, aus denen hervorgeht, wer die Besitzer einer Kleinwaffe oder leichten Waffe waren, sodass man die gesamte

Vergangenheit einer Waffe rekonstruieren kann – möglicherweise bis zum Zeitpunkt der Herstellung. Mit einigem Glück muss man nicht ganz so weit zurückgehen, wenn man zum Beispiel den Zeitpunkt des letzten legalen Imports feststellen kann.“

„Die dritte Herausforderung stellt die zwischenstaatliche Zusammenarbeit dar. Vielen Staaten ist noch nicht ganz klar, wie wichtig und wertvoll es ist, Ersuchen um Rückverfolgung zu stellen und zu beantworten. In diesem Bereich besteht der größte Handlungsbedarf, es ist aber auch der Bereich, in dem die OSZE die größte Hilfe anzubieten hat“, unterstreicht McDonald abschließend. Seit der Verabschiedung des Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen im Jahr 2000 arbeiten die OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um die Verbreitung illegaler Kleinwaffen einzudämmen. Das Dokument enthält Verpflichtungen in Bezug auf die Herstellung, Verbringung, Lagerung, Einziehung, Beschlagnahme und Zerstörung wie auch auf die Rückverfolgung von Waffen.

Einige der Bestimmungen der OSZE zur Rückverfolgung stellen eine Ergänzung des Internationalen Rückverfolgungsinstruments von 2006 dar, das die wichtigste internationale Rückverfolgungs-Übereinkunft ist. Ein Beispiel dafür ist die Empfehlung an die Regierungen, zur Vermeidung der Umlenkung von Waffen beim Export von der Praxis Abstand zu nehmen, anderen Regierungen nicht gekennzeichnete Waffenbestände zu liefern, damit diese dann ihre eigenen Kennzeichen anbringen können.

Wichtiger noch ist jedoch die politische Arbeit der OSZE, durch die die Teilnehmer ermutigt werden sollen, die Rückverfolgungsinstrumente zu nutzen; diese findet in den all-wöchentlichen Debatten im Forum für Sicherheitskooperation und auf den Konferenzen statt, bei denen Regierungsbeamte und Experten auf dem Gebiet der Kleinwaffen und leichten Waffen zusammenkommen.

Bewaffnete Konflikte

Die Rückverfolgung ist im Bereich kriminalpolizeilicher Ermittlungen bereits Routine, doch wie sieht es mit der Kontrolle der Waffenströme in bewaffneten Konflikten aus? Wenig überraschend, dass hier bislang wenig geschehen ist, da es schwierig ist, an Waffen heranzukommen, die sich in einer Konfliktzone befinden.

„Unter dem Gesichtspunkt illegaler Waffentransfers sind Konflikte im Allgemeinen für Außenstehende nicht einsehbar. Und zwar weil die illegale Verbringung von Waffen in Konfliktzonen zum größten Teil auf dem Landweg erfolgt – in Fahrzeugen oder zu Fuß – und nur selten auf dem Luft- oder Seeweg. Daher gibt es nur wenige internationale Kontroll-mechanismen, die illegale

Nachschubrouten und Waffenhändler genau identifizieren können. Dazu kommt noch, dass illegale Transfers aus einem Herstellerstaat direkt in bewaffnete Konflikte selten vorkommen und es sich bei den meisten illegalen Transfers um Rück-transfers handelt, die von den in der Konfliktregion gelegenen Staaten abgewickelt werden,“ meint James Bevan, der das Institut Conflict Armament Research leitet.

Dieses Institut leistete Pionierarbeit für die physische Dokumentation des illegalen Waffennachschubs in Konflikte in Afrika. „Wenn man vor Ort dokumentiert, welche Waffen in einem Konflikt verwendet werden und zugleich der Eigendynamik des Waffenhandels folgt, hat man gute Beweise für Waffentransfers in bewaffnete Konflikte, wenn man die Transfers und die Verantwortlichen genau nachverfolgt,“ erläutert Bevan.

„Waffen muss man nicht unbedingt materiell beschlagnahmen; wenn man nahe genug herankommt, um sie zu fotografieren, kann das bei dem entsprechenden Fachwissen durchaus für die Rückverfolgung ausreichen“, fügt er hinzu.

Conflict Armament Research verfügt über einen wachsenden Datenbestand von rund 20 000 Einzeldatensätzen aus Konfliktgebieten in ganz Afrika. Je umfangreicher die Datenbank ist, desto bessere Analysen können durchgeführt werden. Man kann länderweise Datenprofile erstellen oder die Daten nach Akteuren oder Herstellerjahren gruppieren und so beispielsweise zeigen, in welchem Jahr eine Waffe eines bestimmten Typs Höchstwerte erreicht.

Unter dem Namen iTrace will das Institut Anfang 2014 die Daten über ein weltweites kostenloses Kartierungsportal online allgemein zugänglich machen.

Technologie

Die technischen Fortschritte eröffnen der Rückverfolgung neue Möglichkeiten. Mithilfe von Computern kann dafür sorgen, dass eine Waffe nur von einem recht-mäßigen Verwender benutzt wird, man kann ihren Einsatz in bestimmten Regionen verhindern, sie über Fernsteuerung deaktivieren oder ihre Verwendung dokumentieren und überwachen.

Auf der anderen Seite macht uns die Weiterentwicklung im Bereich erschwinglicher 3D Objektdrucker die Grenzen der Rückverfolgung, würde sie auch noch so gewissenhaft durchgeführt, klar. Schon heute können sich Kriminelle die Konstruktionspläne für Waffen aus dem Internet herunterladen und brauchbare Wegwerfgewehre produzieren, die sich allen Kennzeichnungsvorschriften entziehen.

Die in absehbarer Zeit größte Bedrohung durch Kleinwaffen und leichte Waffen dürfte jedoch von den Millionen in Umlauf befindlichen Waffen ausgehen, die von legalen Waffenproduzenten auf traditionelle Weise hergestellt und ordnungsgemäß gekennzeichnet wurden. Im OSZE-Raum befinden sich große Waffenproduzenten und exporteure, und der größte Teil des illegalen Handels betrifft Waffen, die vom legalen Markt umgeleitet werden. Durch die Zusammenarbeit bei der Rückverfolgung kann die OSZE etwas beitragen, um diesen illegalen Handel sowohl in ihrer Region als auch andernorts einzudämmen.

Weiterführende Lektüre:

OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen (2000)
www.osce.org/fsc/20783

OSZE-Handbuch der Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen (2003) www.osce.org/fsc/13616

OSZE-Aktionsplan zu Kleinwaffen und leichten Waffen (2010)
www.osce.org/fsc/68450

Die erste von OSZE, INTERPOL, UNODC und UNODA gemeinsam organisierte Konferenz zur Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen im OSZE-Raum fand am 23. und 24. Mai 2013 in Wien statt.

Eine fragwürdige „Liberator“

Sollten Sie Gelegenheit haben, in nächster Zeit das Londoner Science Museum zu besuchen, dann versäumen Sie nicht, sich im Erdgeschoss des Wellcome Wing die Plexiglas Vitrinen anzusehen, in denen sich ein skurriles Ausstellungstück befindet: eine zur Gänze aus weißem Plastik gemachte zerbrochene Pistole „Liberator“. Zur Gänze heißt in diesem Fall, mit Ausnahme eines Bohreinsatzes, der als Schlagbolzen fungiert – und ein paar Resten einer Patronenhülse.

Diese nach einem historischen Vorbild, der berühmten „Liberator“ – der einschüssigen Pistole, die von amerikanischen Flugzeugen im Zweiten Weltkrieg über den besetzten Gebieten abgeworfen wurde –, angefertigte Pistole ist allerdings eindeutig ein Produkt unseres Informationszeitalters. Sie wurde in Finnland mit 3D-Druckern unter Verwendung im Internet zugänglicher Druckdateien der amerikanischen Firma Defence Distributed hergestellt, die zu Jahresanfang Schlagzeilen machte, als sie die erste Pistole erzeugte, die fast zur Gänze aus gedruckten Bestandteilen zusammengesetzt war.

Zwar zerbrach diese „Liberator“ beim Probeschießen, doch die Botschaft deutet auf künftige Herausforderungen hin.

3D – Die Zukunft drucken
London Science Museum
bis 15. Juni
#printthefuture



Hände hoch! in 3D



von Murray A. Smith

Wie so viele technologische Neuerungen, die Schlagzeilen machen, ist die Technik des 3D Druckens beziehungsweise der additiven Fertigung, wie sie richtigerweise heißt, nicht wirklich neu. Seit Jahrzehnten wird sie von industriellen Herstellern hauptsächlich zur schnellen Erzeugung von Prototypen eingesetzt.

Das Neue daran ist jedoch, dass 3D-Drucker inzwischen so kostengünstig geworden sind, dass sie auch für Otto Normalverbraucher leicht zugänglich sind. Einen 3D-Drucker kann man heute schon um 1 000 USD bekommen – wobei man natürlich für ein Modell der gehobenen Preisklasse das Hundertfache ausgeben wird.

Es konnte nicht ausbleiben, dass der Mensch in seiner Neugier sich an allen möglichen Dingen versuchte – und auch Schusswaffen und deren Bestandteile drucken wollte.

Das 3D-Drucken an sich ist überhaupt nicht kompliziert. Man macht das Design für ein Werkstück, speichert es als elektronische Datei ab – üblicherweise im STL-Format – und klickt auf „Drucken“.

Der einzige Teil dieses Prozesses, der sich unter Umständen als Herausforderung herausstellt, betrifft den Entwurf. Da jedoch 3D-Drucken so schnell und einfach funktioniert, kann man problemlos nach dem Versuch-Irrtum-Prinzip vorgehen. Noch einfacher ist es, eine gebrauchsfertige Konstruktionsdatei vom Internet herunterzuladen. Man findet riesige Sammlungen solcher Design-Pläne auf Webseiten wie Thingiverse.

Die Herstellung kompletter funktionierender Schusswaffen mittels 3D-Drucker ist derzeit nur beschränkt und zu Versuchszwecken möglich.

Hinter den Herstellungsversuchen stand hauptsächlich das unsinnige philosophische Bestreben, die Schusswaffenkontrollen zu umgehen oder deren Sinnlosigkeit unter Beweis zu stellen. Das bekannteste Beispiel dafür ist die einschüssige Pistole „Liberator“ mit dem Originalkaliber 380 (cal. 380 ACP) von Defense Distributed in den Vereinigten Staaten. Sie ist weder zuverlässig noch sicher und neigt dazu, beim Abfeuern zu explodieren.

Das Drucken von Bestandteilen stellt ein noch größeres potenzielles Risiko dar. Das untere Verschlussgehäuse eines AR-15-Gewehrs beispielsweise ist ein Teil, der relativ geringen Belastungen ausgesetzt ist und sich daher für eine Herstellung im 3D-Druck eignet. Es ist zugleich aber auch die hinsichtlich Import, Export, Registrierung und Besitz am strengsten gesetzlich geregelte Komponente einer Feuerwaffe. In vielen Ländern unterliegen die anderen Teile eines AR-15 keinen gesetzlichen Bestimmungen und sind für jedermann erhältlich. Das heißt also, dass ein Krimineller aus einem im 3D-Verfahren gedruckten unteren Verschlussgehäuse und handelsüblichen Teilen eine funktionierende und zuverlässige Feuerwaffe zusammenbauen könnte.

Auch die Schalldämpfer für Schusswaffen sind ein Zubehör, das man leicht herunterladen kann. Da man allgemein davon ausgeht, dass sie den kriminellen Einsatz von Schusswaffen begünstigen, unterliegen sie in vielen Rechtssystemen strengen gesetzlichen Bestimmungen.

3D-Drucker werden nicht wieder vom Markt verschwinden. Sie werden von den Herstellern zunehmend nicht mehr nur zur Erzeugung von Prototypen sondern auch von Endprodukten eingesetzt. Die NASA testet derzeit ihre Tauglichkeit für das Raketentriebwerk-

Einspritzventil. Je ausgereifter die Drucktechnik wird, desto stärker werden die Kosten für den 3D-Druck sinken und die Drucker werden zunehmend für den Durchschnittsbürger verfügbar sein.

Es ist praktisch unmöglich, den Verkauf oder die Kontrolle ihrer Verwendung gesetzlich zu regeln. Ein Ansatz zur Verhinderung ihrer unbefugten Verwendung, auf den in begrenztem Maß zurückgegriffen wird, ist die Blockierung bekannter STL-Designdateien, entweder über das Netzwerk, an das der Drucker angeschlossen ist, oder über die Software, die den Drucker steuert. Ein Ansatz, der ähnlich wie Virenbekämpfungs-Software funktioniert und eine Aktualisierung in kurzen Abständen erfordert. Doch bekanntlich ist es auch nicht gelungen, Computerviren den Garaus zu machen, und es gibt keinen Grund zur Annahme, das wäre bei illegalen STL-Dateien anders.

Strafverfolgungsbeamte müssen wissen, dass immer mehr Personen mit wenig oder gar keinen Kenntnissen als Büchsenmacher in Zukunft Schusswaffen und deren Teile werden herstellen können. Und Personen, die Zugang zu Ausrüstung in industrieller Qualität haben, könnten in der Lage sein, durch unbefugte Nutzung der 3D-Drucker in ihrer Firma Gewehre zu drucken. Diese Schusswaffen werden früher oder später in kriminelle Hände gelangen. Es wird keinerlei Aufzeichnung über die Herstellung oder Kennzeichnung der Schusswaffe geben, deren Herkunft die Ermittler nur unter Schwierigkeiten, wenn überhaupt, werden eruieren können.

Das Einzige, was die Polizei derzeit sinnvollerweise tun kann, ist bei Beschlagnahmen und Durchsuchungen auf 3D-Drucktechnik zu achten. Es wird ihr nur dann gelingen, auch in Zukunft einen Schritt voraus zu sein, wenn sie in ihren Ermittlungsanalysen und -strategien dieser neuen Realität Rechnung trägt.

Murray A. Smith ist der führende Experte für das 3D-Drucken von Schusswaffen des kanadischen Schusswaffenprogramms. Er ist Manager der Specialized Firearms Support Services, also jener Abteilung, die die kanadische Referenztafel zu Schusswaffen erstellt, die ein Element der iARMS-Initiative von INTERPOL ist. Im Zuge ihrer Überwachung des Schusswaffenmarktes hat die Abteilung in ihrem Laboratorium im 3D-Verfahren „Liberator“-Pistolen, AR-15-Gewehre und andere Komponenten hergestellt.

Wenn Nieren zur Ware werden

Menschenhandel zum Zwecke der Organentnahme ist ein schmutziges Geschäft, das die Verwundbarkeit des Menschen bloßlegt wie kaum ein anderes. Zur Niedertracht dieses Verbrechens kommt auch noch die Tatsache, dass daran Mediziner beteiligt sind.

Auf den ersten Blick sieht es nach einer einfachen, geradezu menschenfreundlichen Vereinbarung aus. Transplantationen können immer öfter Menschenleben retten, doch gibt es nach wie vor zu wenig Organe. Es gibt kaum etwas, was verzweifelte Familien nicht versuchen würden, um eine Niere zu bekommen. Wer den Preis bezahlt, dem können korrupte Mediziner helfen, denn sie haben Verbindungen zu einer anderen Welt, in der ebenfalls Hoffnungslosigkeit herrscht: Menschen, die in so abgrundtiefer Armut leben, dass sie bereit sind, sich einen Teil ihres Körpers entnehmen zu lassen, um mit dem Geld ihre Familie ernähren zu können. Ganze Dörfer wurden so zum Opfer der Phrasen aus Hochglanzbroschüren sogenannter „Nieren-Jäger“. Darin wird ihnen vorgegaukelt, die Operation sei ungefährlich, nicht mehr als ein Routineeingriff – der ein Leben retten kann. Und das bedeutet schnelles Geld, viel Geld. Genug Geld, um auf Dauer ein Dach über dem Kopf zu haben und den Schulbesuch der Kinder zu finanzieren.

Natürlich sieht die Wirklichkeit dann ganz anders aus. Die Organentnahme wird häufig sehr schlampig durchgeführt und so gut wie immer ohne ordentliche Nachsorge. Die Spender-Opfer bekommen weniger Geld als ihnen vorher versprochen wurde, mitunter auch gar nichts. Und sie müssen feststellen, dass das Geld

ist in jedem Fall nicht lange reicht und sie oft aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr imstande sind, mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, so dass sie in der unausweichlichen Spirale von Armut und sozialer Ausgrenzung landen. Und auch die Organempfänger laufen Gefahr, sich durch illegal erhaltene Organe langfristige Gesundheitsprobleme einzuhandeln.

„Es handelt sich um einen der brutalsten Angriffe auf die Sicherheit der Gesundheit“, beschreibt Maria Grazia Giammarinaro, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, die schädlichen Auswirkungen dieser grauenhaften Form der Ausbeutung.

Die Einzigen, die mit Sicherheit davon profitieren, sind die internationalen Vermittler, Anwerber, Aufpasser und Mediziner, die an dem Verbrechen beteiligt sind. Die Gewinnspanne ist beträchtlich. Die Empfänger zahlen unter Umständen mehr als hunderttausend Euro für eine Niere, während die Spender bestenfalls mit ein paar Tausend Euro abgefertigt werden.

Noch vor fünfzehn Jahren galt Menschenhandel zum Zwecke der Organentnahme als obskure Praktik, die in entfernten Weltgegenden vorkam und hauptsächlich von Anthropologen beschrieben wurde. In den letzten Jahren landeten aber immer mehr Fälle bei Gericht, auch in der OSZE-Region. Zunehmend wird man sich der Notwendigkeit bewusst, dass dringend etwas gegen dieses Verbrechen geschehen muss.

Es war also in weiser Voraussicht, dass die OSZE-Sonderbeauftragte eine Studie dieses Phänomens und eine Untersuchung der Fälle in der OSZE-Region in Auftrag gab, die in der ersten Jahreshälfte veröffentlicht wurde. Aus dieser Studie geht hervor, wie komplex dieses grenzüberschreitende Verbrechen tatsächlich ist.

Milbert Shin, Hauptautor der Veröffentlichung, beschreibt die Herausforderungen und mögliche Weg zu deren Bewältigung.

Wo liegen die Schwierigkeiten der strafrechtlichen Verfolgung dieses Verbrechens?

„Bei jedem einzelnen dieser Netzwerke können so viele Gerichtsstände zuständig sein, dass es entmutigend ist. Opfer wie Empfänger können aus verschiedenen Ländern stammen; die Transplantation selbst kann in einem weiteren Land durchgeführt werden und auch die daran beteiligten Mediziner können aus verschiedenen Ländern kommen. Und schließlich kann die finanzielle Drehscheibe, wo das Geld hinfließt, wiederum anderswo sein.“

Das macht natürlich den Nachweis, die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung sehr kompliziert. Der internationale Vermittler des Geschäfts, bei dem die Fäden dieses Menschenhandelsnetzes zusammenlaufen, kann sich meist ungehindert von Land zu Land bewegen und sich damit der Verantwortung entziehen. Unter Umständen ist es in der Praxis unmöglich, ein Gerichtsverfahren gegen ihn im Land einzuleiten, dessen Staatsangehörigkeit er hat, wenn dessen Rechtsordnung die erforderliche extraterritoriale Zuständigkeit nicht abdeckt. Rollt man jedoch umgekehrt den Fall ausgehend von dem Land auf, in dem sich das Opfer befindet, dann hat man das Problem der Auslieferung des Beschuldigten, eine zumeist komplizierte und langwierige Angelegenheit.

Und dann haben wir noch das Problem des Beweismaterials. In einigen der Fälle, auf die der OSZE-Bericht eingeht, kam das Beweismaterial nicht nur aus dem Herkunftsland der Opfer und nicht nur aus dem Land, wo die Transplantation stattfand, sondern es brauchte auch Beweise von den Empfängern –, zumindest in einem Fall – um den Geldfluss nachvollziehen zu können.“

Was kann die OSZE tun?

„Mit der Zunahme von Krankheiten wie Diabetes und dem Mangel an altruistisch gespendeten Nieren steigt auch die Nachfrage an illegalen Nierenspenden. Wenn wir gegen dieses Verbrechen vorgehen wollen, müssen wir so rasch wie möglich mehr darüber erfahren, wie der Menschenhandel für Organspenden funktioniert und wie die entsprechende Zusammenarbeit der Länder aussehen muss.“

Hier hat nun die OSZE etwas anzubieten, da sie die Länder in der Region zum Erfahrungsaustausch einladen kann. Diese Diskussion ist bereits durch die Vorbereitungen zu dem publizierten Bericht in Gang gekommen, zu dem einige Teilnehmerstaaten wertvolles Material geliefert haben. Ich halte das für einen nicht zu unterschätzenden und mutigen Schritt, dann je offener wir darüber sprechen und die Dinge beim Namen nennen können, desto besser werden wir aufgestellt sein, wenn es um Wege der Zusammenarbeit zur Bekämpfung dieses wirklich internationalen Verbrechens geht. Man muss sich auch vor Augen halten, dass diese Form des Menschenhandels ein Problem ist, das nicht nur die relativ armen Ländern, sondern auch Westeuropa, Kanada und die Vereinigten Staaten betrifft, da es sich um weltweite Netzwerke handelt.

Ein zweiter Bereich, in dem die OSZE von Nutzen sein könnte, ist die Förderung eines multisektoralen Austauschs. Es gibt ganz unterschiedliche Fachkreise, die sich der Untersuchung und Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Organentnahme widmen, jedoch wenig miteinander kommunizieren. Es gibt die NGOs, die Regierungsbeamten und die Aktivisten, die sich mit dem Menschenhandel befassen, der bisher gleichzusetzen war mit sexueller Ausbeutung oder Ausbeutung der Arbeitskraft.

Es gibt die Mediziner, insbesondere in der Transplantationsmedizin, die sich mit ethischen Fragen auseinandersetzen. Und dann gibt es noch die medizinischen Anthropologen, die als Sozialwissenschaftler die ersten waren, die mit ihren wissenschaftlichen Abhandlungen in Zusammenarbeit mit den Medien dieses Phänomen ans Licht der Öffentlichkeit brachten. Ein Austausch zwischen diesen drei Communities könnte hier viel bewirken.

Die Opferhilfe ist einer der wichtigsten Bereiche, die von einem fruchtbaren Austausch profitieren könnten. Wer Opfer dieser Form des Menschenhandels wird, leidet sein Leben lang an den Folgen. Sogar in Ländern, die über ein relativ starkes Unterstützungsnetz für Opfer des Menschenhandels verfügen, kann eine umfassendere und eingehendere Unterstützung zugutekommen. Wenn es darum geht, Reaktionen auf den Menschenhandel zu entwickeln, müssen wichtige Fragen beantwortet werden: wie identifiziert man die Opfer, was brauchen sie, wie erhalten sie Wiedergutmachung, wer zahlt für ihre Rehabilitation. Hier wird es darauf ankommen, aus der Erfahrung von Gruppen wie der Coalition for Organ

Gewinnstreben in fast allen Ländern verboten ist. Angesichts der zunehmenden Kluft zwischen Nachfrage und Verfügbarkeit wird jedoch heute die Frage diskutiert, ob es nicht einen legalen Organmarkt geben sollte.

Bis wir in diesen äußerst schwierigen Fragen vorankommen, könnte jedoch der von mir vorgeschlagene Austausch in praktischen Fragen greifbare Ergebnisse bringen: verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, damit potenziellen Opfern klar ist, dass sie bei Angeboten für Organspenden Betrügern aufsitzen können, strafrechtliche Verantwortung jener, die diese Form des Menschenhandels betreiben, engere Zusammenarbeit mit Medizinern im Hinblick auf Präventionsstrategien und Ausarbeitung von Mechanismen zur Unterstützung der Unglücklichen, die auf die falschen Versprechungen skrupelloser Händler mit menschlichen Ersatzteilen hereingefallen sind.“

Milbert Shin ist ein international tätiger Menschenrechtsanwalt und ehemaliger fachmännischer Berater der OSZE. Die diesem Artikel geäußerten Ansichten geben seine Privatmeinung und nicht unbedingt die Ansichten seines derzeitigen Arbeitgebers, des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, oder der Vereinten Nationen ganz allgemein wieder.

Zwang Armut

Failure Solutions (COFS), der führenden einschlägigen NGO, zu lernen.“

Wie kann man die Schere zwischen Organnachfrage und -angebot schließen?

Hier geht es um komplexe gesundheitspolitische Themen, wie zum Beispiel die Frage, wie man mehr freiwillige lebende und verstorbene Spender findet. Was die immer größer werdende Kluft zwischen Nachfrage und Verfügbarkeit angeht, ist auch anzumerken, dass abgesehen von der Ächtung des Menschenhandels an sich auch die Weitergabe des menschlichen Körpers und von Teilen davon aus materiellem



Die Publikation *Trafficking in Human Beings for the Purpose of Organ Removal in the OSCE Region: Analysis and Findings* kann unter <http://www.osce.org/cthb/103393> heruntergeladen werden.

SO HABEN WIR ES GEMACHT

Projektkoordinator in der Ukraine

Ein Sicherheitsnetz für Opfer des Menschenhandels

von Oleksandr Kyrylenko

Vor sechs Jahren trat die ukrainische Regierung an den OSZE-Projektkoordinator mit der Bitte heran, den Bedarf an Hilfe zu ermitteln, die Opfer des Menschenhandels von staatlicher Seite brauchen. Das Ergebnis dieser Erhebung zeigte klar, dass Sozialarbeiter, ärztliches Personal und Pädagogen im ganzen Land größtenteils keine Vorstellung vom schlimmen Los derjenigen hatten, die unglückseligerweise Menschenhändlern in die Hände gefallen waren. In einigen Regionen leisteten NGOs Großartiges, doch konnten auch sie nur in dem Ausmaß helfend tätig werden, in dem es ihnen gelang, Mittel dafür aufzutreiben. Es brauchte also ein Netzwerk unter staatlicher Leitung, um die Opfer zu identifizieren und zu unterstützen. In anderen Worten: ein Nationales Leitsystem (NRM).

Die Regierung beschloss, das Projekt zu übernehmen und beauftragte den OSZE-Projekt-koordinator mit seiner Durchführung. Keine leichte Aufgabe! Um den Opfern Hilfe zuzusagen und für eine wirksame Strafverfolgung und Prävention sorgen zu können, musste erst ein umfassendes Menschenhandelsgesetz ausgearbeitet werden.

Die nationale Redaktionsgruppe bestehend aus Vertretern der Ministerien, der Zivil-gesellschaft und internationaler Organisationen, darunter die OSZE, brauchte dann sieben Monate bis zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs. Zwei Rechtsgutachten des BDIMR, eine öffentliche Anhörung und rund vier Jahre des Lobbyings später wurde aus dem Entwurf schließlich ein ukrainisches Gesetz.

Das Warten auf das im September 2011 verabschiedete Gesetz hatte sich ausgezahlt. Wie es der OSZE-Aktionsplan für die Bekämpfung des Menschenhandels fordert, stand der Opfer-schutz im Mittelpunkt. Im Zusammenhang damit ist wichtig, dass dieses Gesetz vorschreibt, dass jemand den Status eines Menschenhandelsopfers erhält, auch wenn er im Strafverfahren nicht kooperativ ist. Das Gesetz enthält Bestimmungen gegen Kinderhandel und sieht vor, dass auch Personen, die nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen, staaten-los oder ohne Ausweispapiere sind, staatliche Hilfeleistungen erhalten.

Pilotversuche in Donezk und Czernowitz

Während sich das Gesetz noch in Ausarbeitung befand, wurde bereits am Testlauf für das Nationale Leitsystem selbst gearbeitet – eine umso komplexere Herausforderung, als es dabei auch darum ging, die Zusammenarbeit zwischen allen Berufsgruppen, die gegebenenfalls dienstlich oder beruflich mit Opfern des Menschenhandels zu tun haben und in einer Vielzahl unterschiedlicher Behörden mit jeweils eigenen Vorschriften und Verfahren tätig sind, in einem integrierten Hilfsnetzwerk zu organisieren.

Die Regierung wählte zwei Regionen für das Pilotprojekt aus: das große Kohlenbergbau- und Industrieviertel Donezk und die kleinste Region der Ukraine, Czernowitz. Diese Auswahl wurde entscheidend dadurch mitbestimmt, dass es in jeder der beiden Regionen eine gut eingeführte NGO gab, die sich seit Jahren mit der Identifizierung und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels befasste: die Liga der Unternehmerinnen und Geschäfts-frauen der Region Donezk und die NGO Sutschasnyk in Czernowitz. Der OSZE-Projekt-koordinator wählte beide als Durchführungspartner aus.

Zweieinhalb Jahre lang wurde in intensiven Sitzungen und Schulungsveranstaltungen mit den Anbietern sozialer Dienstleistungen, Strafverfolgungsbeamten, Ärzten, Arbeitsämtern und vielen anderen Akteuren eine Vielzahl von Fragen diskutiert.

Bereits in der Pilotphase kam den Opfern des Menschenhandels die praxisorientierte Ausbildung zu Gute: 66 Opfer und 338 überlebende mutmaßliche Opfer, auf die man andernfalls vielleicht gar nicht aufmerksam geworden wäre, wurden identifiziert und erhielten Hilfe.

Das alles trug Früchte. Am 22. August 2012 erließ das Ministerkabinett der Ukraine die Schaffung eines vom Staat verwalteten Nationalen Leitsystems, das die besten Komponenten der beiden Pilotmodelle in Czernowitz und Donezk in einem System vereinte. In einem Erlass wurde darüber hinaus der Status „Menschenhandelsopfer“ definiert und ein einmaliges finanzielles Hilfspaket für überlebende Menschenhandelsopfer verfügt.

Landesweite Einführung

Donezk und Czernowitz sind nur zwei Regionen in diesem Land mit 45 Millionen Einwohnern. Derzeit organisiert der Projektkoordinator die landesweite Einführung des Nationalen Leitsystems in den Regionen Winnyzja, Chmelnyzkyj, Charkiw und Luhansk. Ab 2014 soll dann das System auf die ganze Ukraine ausgeweitet werden.

Anmerkung: Bis Mitte November 2013 erhielten in der Ukraine 51 Personen die offizielle Anerkennung als Menschenhandelsopfer.

Olexandr Kyrylenko arbeitet als Nationaler Projektreferent beim OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine.

Prager Büro das Gedächtnis der Institution

Botschafter Jiří Parkmann, seit 2008 Leiter des Prager Büros des Sekretariats, lässt uns einen Blick in die Einrichtung tun, die das institutionelle Gedächtnis der OSZE bewahrt.

Wie sehen Sie die Rolle des Prager Büros der OSZE?

Sie besteht meiner Ansicht nach aus zwei Aspekten, die untrennbar miteinander verbunden sind: seiner historisch-politischen Bedeutung und seinem heutigen Beitrag zur Organisation.

Die Anfänge der KSZE/OSZE gehen auf das Jahr 1975 in Helsinki zurück. In den ersten Jahrzehnten verfolgte sie nur das Ziel, zu verhindern, dass aus dem Kalten Krieg ein echter Krieg wird. Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 brach jedoch eine neue Ära an. Ihre Arbeit erhielt eine neue Qualität, es ging um die Weitergabe von Werten wie Demokratie, freie Wahlen oder Marktwirtschaft. Und hier spielte Prag eine ganz zentrale Rolle.

In Prag entstanden die ersten auf Dauer angelegten Strukturen der Organisation: der Ausschuss hoher Beamter, ein Sekretariat, bei dem die

Fäden der Institutionen in Warschau und Wien zusammenliefen. Als dann der Posten des Generalsekretärs geschaffen wurde, wanderte das Sekretariat nach Wien. Doch das Prager Büro blieb und erinnert uns an diese neue Qualität, an diese Wertegemeinschaft.

Worin besteht Ihre Tätigkeit?

Unsere Hauptaufgabe, die sich aus dieser historischen und politischen Bedeutung ergibt, ist die Archivierung. Bei uns findet man Arbeitsdokumente aus den Anfängen der KSZE ebenso wie Dokumentenentwürfe, an denen sich die Entwicklung der meisten großen KSZE/OSZE-Dokumente nachvollziehen lässt, wie die Charta von Paris, die Herausforderung des Wandels,



Palais Černín

und das Übereinkommen über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Der Jährliche Austausch militärischer Information zwischen den Teilnehmerstaaten ist hier hinterlegt. Und wenn eine OSZE-Mission geschlossen wird oder ihr Mandat erfüllt hat, dann kommen alle Aktenbestände, die von Belang sind, ebenso wie historische Zeugnisse ins Archiv in Prag.

Wir unterstützen auch die Gastforscher, die nach Prag kommen; wir bieten ihnen einen Arbeitsplatz und auf Grundlage einer vor einigen Jahren ausgearbeiteten rechtlichen Vereinbarung erhalten sie Zugang zu einem breiten Spektrum von Dokumenten.

Unser Tagesgeschäft besteht darin, Informationssuchen aus der Organisation und von außerhalb zu beantworten; zu uns

kommen Besuchergruppen, die sich für die Geschichte und die Tätigkeit der OSZE interessieren. Wir arbeiten eng mit dem zentralen Archivverwaltungs-dienst in Wien zusammen und unsere IT-Abteilung stellt die Journale der Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation sowie die dort abgegebenen Erklärungen ins Netz. Im Dienste der Öffentlichkeit haben wir die wichtige Aufgabe, den Abonnenten das Magazin Sicherheitsgemeinschaft und andere Publikationen zukommen zu lassen, und wir erfüllen die Wünsche unserer 67 Depositarbibliotheken im gesamten OSZE Raum.

Das Prager Büro organisiert auch das Wirtschafts- und Umweltforum.

Ja, seit dem allerersten Forum in Prag vor 21 Jahren findet es immer im Außenministerium im Palais Černín statt. Heute sind wir für alles zuständig, was mit der reibungslosen Abwicklung dieser Veranstaltung zu tun hat: Vorbereitung der Räumlichkeiten, Registrierung, Akkreditierung, Teilnehmerlisten und Verfahren für die Ausstellung der Visa für die Delegierten. Wir unterstützen auch die Dokumentenverteilung und die Webseite der Konferenz.

Also eine gewaltige Herausforderung, der wir uns mit großer Freude stellen. Es kommen an die 300 Teilnehmer. Meiner Meinung nach werden die dort erörterten Themen immer wichtiger und aktueller: Good Governance, Korruption und Verkehr, um nur einige zu nennen.

Wie soll es weitergehen?

Unser Oral-History-Projekt steht vor dem Abschluss. Wir haben die Erinnerungen von neun Diplomaten aufgenommen, die bei der Vorbereitung der ersten Konferenz in Helsinki dabei

waren. Die Sammlung wird als Buch herauskommen. Wir hoffen, das Projekt für die Ära der neuen OSZE nach 1989 fortzusetzen zu können, also jene Zeit, die so eng mit Prag verknüpft ist. Bei einem Treffen mit dem tschechischen Außenminister Jan Kohout während des letzten Forums im September machte der Generalsekretär den Vorschlag, die Security Days erstmals nicht in Wien sondern in Prag abzuhalten. Das Thema sollte mit der Wirtschafts- und Umweltdimension zu tun haben. Das würde uns Gelegenheit geben, die Möglichkeiten des Prager Büros als Veranstaltungsort vorzuführen, und die Forschungs-einrichtungen in der Tschechischen Republik könnten sich in die Debatte über die Sicherheitsgemeinschaft einbringen.

Informationsblatt über das Prager Büro unter www.osce.org/secretariat/102299

Informationsblatt über das Gastforscherprogramm unter www.osce.org/secretariat/102310

Wirtschafts- und Umweltforum unter www.osce.org/eea/43229



OSZE-Netzwerk von Think Tanks



„Drogenhandel, organisierte Kriminalität, Terrorismus – lauter Bedrohungen, die nicht vor Grenzen haltmachen. Wo haben die Staaten die besten Chancen, mit gemeinsamem Vorgehen etwas zu bewirken?“

„Welche Auffassungen prägen die Einstellung einer Regierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, die seit über einem Jahrzehnt auf der Stelle treten?“

Das sind nur zwei der vielen Fragen, bei deren Beantwortung das neue Think Tanks und akademischen Einrichtungen umfassende OSZE-Netzwerk helfen kann.

In einem immer komplexeren Sicherheitsumfeld stellen Forscher und Analysten ihr Wissen in den Dienst der OSZE.

Im ersten gemeinsamen Projekt erheben Experten von rund zwanzig Instituten, welches die militärischen und transnationalen Bedrohungen sind und wie sie von den Regierenden in ihren Ländern wahrgenommen werden. Jede Subregion der OSZE ist vertreten. Die Ländererhebungen fließen in einen Schlussbericht ein, aus dem die Teilnehmerstaaten ersehen können, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede liegen.

Das OSZE-Netzwerk von Think Tanks und akademischen Einrichtungen ist ein inklusives Forum, das Einrichtungen im OSZE-Raum offen steht.

Weitere Informationen erhalten Sie über Dr. Wolfgang Zellner, den Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung in Hamburg und Koordinator des Netzwerks: zellner@ifsh.de

Die Sommerakademie der OSZE

Schon um von Wien nach Stadtschlaining zu kommen, muss man die ausgetretenen Pfade verlassen. Für die Anreise von Wien zu dem Schloss in der Kleinstadt, auf dem die Sommerakademie der OSZE stattfindet, benötigt man mehr als eine Stunde. Die Straße schlängelt sich durch die bewaldeten Hügel und malerischen Dörfer einer Landschaft, die man in Österreich „Bucklige Welt“ nennt. Man steigt aus dem Auto, holt tief Luft und weiß sofort, dass man sich in einer anderen Welt befindet.

Der Innenhof ist einfach idyllisch, irgendwo ertönt Klaviermusik aus den von Weinlaub überwucherten Gemäuern. Man setzt sich zu der Gesellschaft, die sich um den langen Holztisch versammelt hat – die rund zwanzig jungen Teilnehmer an der Akademie und die Gastdozenten des Tages – und schon ist man mitten im Gespräch: die ethnische Lage in Osch (Kirgisistan), die Medienfreiheit in Serbien, die jüngsten Entwicklungen in der Mongolei, die Prioritäten des nächsten OSZE-Vorsitzes.

Arie Bloed, Mitbegründer der Sommerakademie, und Walter Kemp, der sie mit ihm gemeinsam leitet, sitzen ebenfalls mit am Tisch. Bloed erläutert: „Wir haben die Akademie vor 17 Jahren gegründet, um den damaligen großen Ausbildungsbedarf für Angehörige der Missionen vor Ort oder für Diplomaten, die eine OSZE-Funktion übernommen hatten, abzudecken. Die Sommerschule, als Pilotprojekt begonnen, wurde ein solcher Erfolg, dass wir ihren Namen auf Sommerakademie änderten, was den wirklich außergewöhnlichen politischen Diskussionen zwischen den Diplomaten dort besser entsprach.“

Und er fügt hinzu: „Viele der Teilnehmer an der Akademie hatten in der Folge hohe Posten in der OSZE inne“.

Die Berufseinsteiger, Universitätsabsolventen und Praktiker, die an dem zweiwöchigen Kurs teilnehmen, werden von arrivierten

Wissenschaftlern, Diplomaten und internationalen Ausbildnern über die Geschichte und die Funktionsweise der OSZE unterrichtet. Der Kurs endet jedes Jahr mit einer Simulationsübung. Diesmal handelt es sich um eine simulierte Sitzung des Ständigen Rates, in der ein Beschluss über wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit in Zentralasien ausgearbeitet werden soll. Es wird heftig diskutiert, es gibt informelle Verhandlungen, Missverständnisse, Mediation, konstruktive Dialoge, bis man schließlich zu einer Lösung gelangt. Will man darin ein Zeichen der Kreativität künftiger Diplomaten erkennen, so befinden wir uns auf einem guten Weg.

Die nächste Sommerakademie wird vom 22. Juni bis 4. Juli 2014 stattfinden. Die Anmeldefrist ist April 2014. Qualifizierte Studenten können um Stipendien ansuchen, die von den Teilnehmerstaaten großzügig gewährt werden.

Näheres unter www.aspr.ac.at



Sicherheitsgemeinschaft wird herausgegeben vom OSZE Sekretariat

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Telefon: +43 1 51436 6267

oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch, online in den Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch unter www.osce.org

Sicherheitsgemeinschaft ist als kostenlose App für das iPad erhältlich.

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten in gleicher Weise für männliche wie weibliche Amtsträger.

Verantwortlich für die Redaktion

Ursula Froese

Redaktion

Miroslav Beham, Cathie Burton, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov, Ian Mitchell, Marcel Peško, Desirée Schweitzer

Gestaltung und Illustrationen

Antoine van Dijck

Druck

Imprimerie Centrale

Fonts LeMonde Journal; Akkurat

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Das Titelblatt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ ist als Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft und damit zusammenhängenden Fragen gedacht. Beiträge von Künstlern sind erwünscht. Die Urheberrechte bleiben beim Künstler.

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Texte wird kein Honorar bezahlt. Beiträge richten Sie bitte an: oscemagazine@osce.org.

Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre Beiträge.

Deckblatt

Unentdeckte Geheimnisse © Iwan Stepanowytsch Martschuk

Fotos

p. 4 Ukrafoto

p. 46 OSCE/Lubomir Kotek

p. 5 Photo group top:

p. 47 OSCE/David Bednar

Ukrafoto; others: OSCE

p. 10 romea.cz

p. 12 Scott Clarkson

Alle Illustrationen von Antoine van Dijck

